

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abonnementssatz pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pf., bei Selbstabholung 50 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzettelnummer Nr. 4158) vierteljährlich 1.80 M., für 2 Monate 1.20 M., für 1 Monat 60 Pf. zzgl. Versandgeld.

Chiefredaktion:
Dr. Bruno Schönelant.

Inserate werden die beschriebene Zeitfläche oder deren Mann mit 20 Pfennigen berechnet. Beleidungsangebote 15 Pfennige. — Schülerlager Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im Voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition aufgegeben sein. — Ausgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 7. Geschäftsstelle 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 8 part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Point d'honneur.

* Leipzig, 22. Oktober.

Nach allen großen Kriegen ist in Preußen das Junkertum wieder mächtig geworden, so nach dem dreißigjährigen und nach dem siebenjährigen Krieg, nach den sogenannten Befreiungskriegen, nach den Feldzügen von 1864, 1866, 1870/71. Friedrich II. merzte die unablässigen Offiziere aus seinem Heere aus. Nach 1815 begann in Preußen unmittelbar die Adelsherrschaft und ist seitdem ununterbrochen gestiegen, auf hingste verschwistert mit dem Großkapitalismus.

Als 1815 der Kanonendonner in Berlin die Einnahme von Paris verhinderte, taumelte ein Kerl betrunknen aus einem Brauereiwalde und rief: „Da hört ihr's, der Krieg ist vorbei, die Adligen haben gesiegt.“ Das hätte ebenso gut 1871 wie 1815 gesagt werden können und zeigt keineswegs Staatsweisheit als das Gesalbte: nationalliberaler Staatsmänner.

In Preußen-Deutschland herrscht noch heute der Geist des Junker- und Polizeistaates. Die leitende Rasse zwingt ihre Vorurteile, ihren bornierten Chrbegriff, dieses „ethische“ Werkzeug im Dienste der Gewaltshaber, der bürgerlichen Welt auf. Der Standesunterschied erscheint noch als Macht in der Welt der Klassenkämpfe, und der Dunkel der Beweisrechtheit gibt den Ausschlag in tausend Angelegenheiten, die Wohl und Wehe der Bürger auf das tiefste berühren.

Unstrittig ist der militärische Chrbegriff, dem ein eigenes Gesetzbuch, ein eigener Ritus und ein besonderer Ritus gewidmet sind, die höchste Potenz in der Ordnung der Privilegien. Der Corpsgeist, beim Gemeinen schon gebrüllt, um den Bürger im Waffenrock gegen den im Mittel auszuspielen und herzuheben, entfaltet sich bei den Offizieren zu einer besonderen Tugend, deren mimosenhafte Empfindlichkeit der leiseste Stoß, die zarteste Berührung, und wäre es die einer Stuhllehne, erschlättet. So versteht es sich, daß jeder Eingriff, jeder auch noch so schwache Stoß in das zartbesaitete Empfinden der Bevortreter schwer gehindert wird, daß die blonde Waffe oder die gezogene Pistole, sei es auf handfester That, sei es kommentarlos auf abgesteckter Mensurbahn, die ultima ratio, der letzte Beweisgrund der uniformierten Ehre ist. Die Meitschwelle des kriegerischen point d'honneur ist äußerst fein konstruiert, sie reagiert auf den Hauch eines Eindruckes.

* Point d'honneur (franz.), sprich poäng domähr, heißt Ehrenpunkt, ständischer Chrbegriff.

Der Fall Siepmann-von Brüsewitz, der sich dieser Tage in Karlsruhe abgespielt hat, ist ein trefflicher Beleg für die Verwollkommenungsfähigkeit des militärischen Chrbegriffs. Ein Plebejer, ein wehrloser Plebejer wird von dem „beleidigten“ Offizier, einem pommerschen Junker, mit dem Söbel „gestreddt“.

Dieser Einzelfall aber ist nur einer unter vielen, er entspringt aus dem System, dessen Wesen wir soeben in Kürze gezeichnet haben. So war es heute, so war es schon vor achtzig Jahren. Und so beliebe es dem Leser, eine Geschichte zu vernehmen, die sich 1818 auch in Karlsruhe zugetragen hat.

Auf einem Museumsball, wo Adel und Bürger gemischt waren, so lesen wir in den Denkwürdigkeiten eines feinen und sachkundigen Beobachters, die jungen Edelleute daher gern als solche durch Übermut sich bemerklich machen, hatte ein Gardelieutenant von Schilling beim Weintrinken gegen andere Offiziere geprahlt, er werde dem ersten besten der Anwesenden, dessen Gesicht ihm missfiel, das volle Glas Wein, das er in der Hand hielt, ins Gesicht gießen. Und als ihm ein eben Eintretender dazu bezeichnet wurde, mit dem Bemerk, daß er es bei dem wohl nicht wagen werde, that er wie er gesagt hatte. Der Getrostene durch hinzugestigte, brüiale Antrede belehrt, daß hier nicht Versetzen, sondern Absicht vorliege, griff zur nächsten Waffe und drang auf den Thäter los; die Kameraden schafften den Fredler eiligst fort. Der Beleidigte war Apollonius von Maltz, Sohn des früheren russischen Gesandten und Legationssekretär des heutigen; er hatte nie den geringsten Handel, nicht einmal nähere Bekanntschaft mit Schilling gehabt. Auch nüchtern setzte Schilling seinen tollen Übermut fort und verweigerte jede Entschuldigung, wobei er darauf trostete, daß er schon viele Zweikämpfe bestanden hatte, wogegen Maltz jetzt seinem ersten entgegensehe.

Die Empörung über die sinnlose Höhe, sagt unser Gewährsmann, war allgemein, verlangte jedoch nicht sowohl, daß der Übeltäter nach Gebühr gestraft, als vielmehr, daß er gezwungen würde, sich mit dem Beleidigten zu schlagen. Einstweilen sah er in Haft auf der Schlosswache, sowohl um ihn persönlich sicher zu stellen, als um ihm die Einwilligung zum Kampfe abzudringen. In solcher Verlehrtheit der Begriffe waren selbst der russische Gesandte und der Vater des Beleidigten gefangen, sie forderten ferner nur, daß der Beleidiger sich stellte.

Nach langer Haft bequemte sich Schilling zum Duell. Er fehlte, und sein Gegner, der sah, daß jener ihn tötscheln wollte, zierte und tödete seinen Beleidiger. Als der Mitt-

meister von Philippssborn, der Sekundant von Maltz, die Nachricht nach Karlsruhe brachte, begrüßte man ihn freudig als einen „Boten der himmlischen Gerechtigkeit“.

Aber auch von gesetzlicher Seite, lesen wir, traten wunderliche Widersprüche grell hervor. „Der Landesfürst hatte seinen Gardeoffizier erst durch Haft zu einer Handlung zwingen müssen, die sein Gesetz bei strenger Strafe verbietet; jetzt durfte er nicht daran denken, den Fremden, der ihm einen seiner Offiziere getötet, vor Gericht zu ziehen. Die Begriffe von Fürst, Gesetz, Recht und selbst von Ehre kamen bei diesem Anlaß im Volke zur mannsfachen Erörterung, die den Respekt vor den herrschenden Errichtungen nicht vermehrte.“

Im Jahre 1818 der Fall Schilling-Maltz, der Aristokrat gegen den Aristokraten, 1896, im Jubiläumsjahr des Großherzogs, die Affäre Blebejer-Siepmann gegen Junker Brüsewitz, eine lehrreiche Parallele!

Die Geschichte des Militarismus ist auch die Geschichte des Faustrechts. Wer kennt nicht die Bluthat der Lieutenant Sobbe und Busky, die einen armen Teufel erschlugen und aus den Kasernen von Magdeburg — entspringen konnten? Der brave Lieutenant von Techow freilich, der beim Berliner Beihaustrum minütiges Blutvergießen hinderte und sich 1849 für die Freiheit schlug, darf heute noch nicht aus der Verbannung nach Deutschland zurückkehren. Bismarck war es, der, als 1888 Techow nach Jahrzehntlangem Exil die Heimat wiedersehen wollte, schamlos den Steckbrief erneuert ließ. Das ist diekehrseite der Medaille.

Unser Bürgertum, marklos und feige, wagt kaum einen säuselnden Einpruch gegen die Bluthat von Karlsruhe. Da es bei der Auspowerung der Masse die Bente mit den Agrariern teilt, muß es sich ducken.

Herr v. Brüsewitz ist ein Typus, wie er entsteht in der Periode des Verfalls. Thaten wie die seine sind Sturmzeichen. Jedes Zeitalter des Niederganges weist eine bunte Chronik solcher Gesetzwidrigkeiten auf. Hier flackert die Hybris, der rasende Übermut der Gezeichneten zu zehrender Höhe auf. Und diese Höhe frisht weiter und wird zum verheerenden Feuer, das die alten Autoritäten in Asche legt, eine nach der anderen.

Heute haben wir erst das Vorspiel. Warten wir aber den Schluff des Karlsruher Dramas ab! Das Militärgericht entscheidet, und hinter der Entscheidung steht das Begnadigungsrecht des obersten Kriegsherrn.

Als das römische Kaiserreich versie, dem Abgrunde zuwälzend, da entschied über Purpur und Krone, über Leib und

Seuilleton.

[47]

Die von Hohenstein.

Roman von Friedrich Spielhagen.

Der Obrist von Hohenstein hatte die Waffe auf den Tisch gelegt und seinen Degen in eine Ecke gestellt, dann sich auf das Sofa gesetzt und Antonie mit einer halb höflichen, halb gebietserischen Handbewegung eingeladen, neben ihm Platz zu nehmen.

Er lächelte wiederum, als Antonie zögernd seinem Wink folgte leistete; es fielte ihn das Bewußtsein, daß er Herr der Situation sei.

Sie hatte Sie schon längst aufgesucht, liebe Antonie, sagte er, langsam seine Handschuhe abstreibend, aber Sie werden mir wohl selber zugeben, daß die Grausamkeit, mit der Sie in früherer Zeit die Huldigungen zurückwiesen, die ich Ihrer Schönheit und Ihrem glänzenden Geiste brachte — ich erinnere Sie nur an die Scene, als ich an jenem Abend meinen glücklichen Nebenbüchsen zum erstenmal bei Ihnen traf — mir die gräßtümliche Vorsicht in meinem Verhalten Ihnen gegenüber zur Ehrenpflicht machte.

Und was führt Sie heute zu mir? fragte Antonie, die Augen stark auf den Boden hestend.

Ich habe, wie Sie sich denken können, fuhr der Obrist, als ob er die Frage gar nicht gehört hätte, fort, Ihre Bewährungen zu Münzers Gunsten mit einem peinlichen Interesse beobachtet — doppelt peinlich, weil ich einmal die Erfolglosigkeit dieser Bewährungen voraussah, und sodann,

weil mir die Lage, in der ich mich Ihnen gegenüber befinden, noch mehr aber meine offizielle Stellung in derselben Sache, für die Sie, schöne Frau, mit so viel Mut eingetreten sind — ich sage, weil alles dies es mir unmöglich mache, Ihnen meine Dienste, wie ich es doch so gern gehan hätte, anzubieten.

Und was führt Sie heute zu mir? wiederholte Antonie. Schenken Sie mir noch einige Augenblicke Gehör, schönste Frau! Sie wissen vielleicht nicht, daß ich schon jetzt in Ihrem Interesse thätig gewesen bin. Ohne meine Fürsprache hätte die mehr als wunderliche Situation, in welcher Sie von unseren Leuten getroffen wurden, leicht schlimme Folgen für Sie selbst haben können; daß man Ihnen erlaubt hat, hier ungehindert sich aufzuhalten, haben Sie nur mir zu verdanken. Sie werden mir zugeben, daß diese Handlungsweise in Abetracht der Empfindungen, welche Sie gegen mich so konsequent an den Tag gelegt haben, ziemlich grobmüdig zu nennen ist. Und wie gern würde ich mehr für Sie thun! Wie peinlich ist es mir, daß gerade ich in dem Gerichte präsidierten muß, das morgen über Münzer aburteilen wird: ja, daß ich durch einen Auffall Richter und Kläger in einer Person bin! Sehen Sie diese Brieftasche. Würden Sie glauben, daß in diesem schmutzigen Ding Leben und Tod Münzers enthalten ist.

Antonie warf einen schnellen Blick auf die Brieftasche, die der Obrist in den Händen hielt; und ein Zucken flog durch ihren Körper. Der Obrist lächelte.

Ich fand diese Brieftasche auf dem Schlachtfelde. Sie hat einem Menschen gehört, der sich Cajus nannte, einer der Führer der demokratischen Bewegung und nebenbei ein spezieller Freund Münzers gewesen ist. Sie werden deshalb wohl jedenfalls seinen Namen kennen, vielleicht die Ehre seiner persönlichen Bekanntschaft gehabt haben. Ich bedauere,

Ihnen sagen zu müssen, daß meine Leute die Unbesonnenheit hatten, dem Kriegsgericht vorzugreifen und den Mann auf der Stelle niederzuschlagen. Indessen läßt sich der Verlust verschmerzen, da die Vampire, die sich in dieser seiner Tasche befinden — unter anderem verschiedene Briefe von Münzers Hand — sehr deutlich sprechen. Die Briefe sind nur klein, nur Bettel, wenn Sie wollen; aber als die einzigen schriftlichen Dokumente, die, soweit ich weiß, über Münzers hochverräterische Thätigkeit vorhanden sind, wiegen sie sehr schwer.

Der Obrist steckte das Portefeuille wieder in die Brusttasche und sagte, während er langsam den Rock zuknüpfte:

Es scheint, daß Münzer einen höheren Posten in der sogenannten Revolutionsarmee nicht bekleidet hat; auch ist er, soweit ich weiß, nie in einem militärischen Verhältnisse bei uns gewesen. Wenn er unter den Richtern einen guten Freund hätte, der diese Umstände gehörig ins Licht stellt; und wenn die eben besprochenen Bettel, die sich auf seine organisatorische Thätigkeit noch vor Beginn des Feldzuges, wo er eine Art Civilkommissar gewesen zu sein scheint, beziehen, nicht produziert würden, so wäre ein mildes, vielleicht freisprechendes Urteil meiner Meinung nach nicht unmöglich.

Der Obrist stand auf.

Und was wäre der Preis, den dieser — gute Freund forderte? fragte Antonie mit dumpfer Stimme.

Der Obrist segte sich wieder.

Sie stellen die Frage auch gleich verzweifelt praktisch, sagte er mit einem heißen Lachen; vermutlich deshalb, weil Sie ganz gut in stande sind, sie sich selbst zu beantworten. Im Kriege, holde Antonie, gelten alle Vorteile; wir sind im Kriege, und der Vorteil ist unzweifelhaft auf meiner Seite. Eine so ausnehmend praktische Frau, wie Sie, wird

Leben hunderttausender die kaiserliche Garde, das Prätorianerum.

Mit Leib und Leben wehrloser Bürger schaltet und waltet heute der point d'honneur der Brüderlichkeit.

Politische Übersicht.

Der Reichstag ist, wie die soeben ausgegebene Tagesordnung besagt, auf den 10. November nachmittags 2 Uhr zu seiner ersten Sitzung nach der Verlegung wieder einberufen worden.

Zur Verhandlung steht als einziger Punkt der Tagesordnung: Zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Änderungen und Ergänzungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung — Nr. 73 der Drucksache —, auf Grund des Berichts der XI. Kommission — Nr. 204 der Drucksachen —. Berichterstatter: Abg. Venzenmann für den Gesetzentwurf, Abg. Schröder für die Petitionen.

Alle Reise sind es überhaupt, die der Reichstag zuerst aufzuwarten hat. Lassen wir das ganze Blatt der für den Schwerinstag bestimmten Anträge aus dem Hause beiseite, so bleibt noch eine Säule von Beratungsgegenständen.

Wir nennen nur die Strafprozeßordnungsnovelle, die die erste Lesung im Plenum und die Kommissionsberatung hinter sich hat. Sie befaßt sich vor allem mit der Wiedereinführung der Berufung gegen die Strafammerurteile erster Instanz und mit der Entschädigung unschuldig Verurteilter. Ferner handelt es sich um den Fall mehrerer als Erstaz für die mangelnde Berufung eingeschaffenen Garantien in erster Instanz, um die erweiterte Auslastung des Kontumacial-Versfahrens, um eine anderweitige Regelung der Beleidigung der Zeugen, um die Einführung eines abgerückten Versfahrens für gewisse eine schlemige Verhandlung erreichende Strafshäfen und um Veränderungen in der sachlichen Zuständigkeit der Gerichte.

Im Vordergrunde des Interesses aber steht die neue Militärstrafgerichtsordnung, um die heftig gekämpft werden wird. Die Vorgehensweise dieses Entwurfs, die sich hinter den Coussinen abgespielt hat — den Kriegsminister Bronsart von Schellendorf kostete sie das Portefeuille — zeigt, mit welcher Zähigkeit sich die militärische Orthodoxie gegen jede Reform, und sei sie noch so blutlos, sträubt.

Ein Auswanderungsgesetz und eine Novelle zum Handelsgesetzbuch stehen auch vor der Thür. Ob die Vorlage zur Organisation des Handwerks aus dem Bundesrat ins Parlament kommt, ist noch nicht sicher: wir hoffen, daß der Wechselbalg noch in den Armen seiner preußischen Umme verschwindet.

Lebhaft wird auch die Beratung des Staats für 1897/98 werden: der neueste Kurs, Marine, Heer, Kolonialpolitik, Dreibund und Bündnis, innere Zustände vom Vorenz zum Brüssel, welche Säule der Gesetze!

Auch der Erdrosselungspolitik der Konsumvereinsfeinde wird nichts geschenkt werden.

Die Sozialdemokratie wird auf ihrem Posten sein, diesmal, wie immer.

Deutsches Reich.

Berliner Brief.

Nachklang Hohenlohe gegen Nobelsanct: — ill oder Wahrheit?

■ Berlin, 21. Oktober.

Die antisemitische Staatsbürgerzeitung von heute früh wurde konfisziert, weil sie den Freiherrn v. Marshall in einem Artikel: Zum Kapitel offiziöser Preßwirtschaft, als Urheber der Depecheschäfching über den Breslauer Barentoast benannt hat. Zugleich wird in Aussicht gestellt, daß der Reichskanzler gegen die Staatsbürgerzeitung gerichtlich vorgehen wird, um die Quelle, aus der seit den letzten Monaten die Angriffe gegen Personen des Hofes und der Regierung stammen, zu ermitteln. Der Feldzug gegen die unbekannten, aber hochstehenden Feinde wird auf der ganzen Linie aufgenommen. Der Reichskanzler hat ferner gegen die beiden Manöverberichterstatter, deren Verhaftung wir gestern gemeldet haben, auch wegen verleumderischer Beleidigung des Staatssekretärs v. Marshall Strafantrag gestellt, weil diese Herren verschiedene Personen gegenüber jene den Grafen zu Gelenburg beleidigende Notiz als von dem Freiherrn v. Marshall inspiriert bezeichnet haben.

Da spinnt sich allem Anschein nach eine politische Skandalaffaire an, die den Fall Koze tief in den Schatten stellt. Die Intriganten, die in der Hofgesellschaft und in den höchsten

sich unmöglich verdensken können, wenn ich meinen Vorfall geltend mache.

Ein Schauder flog über Antoniens ganzen Körper.

Miherstellen Sie mich nicht, fuhr der Obrist fort, ich bin kein girrender Schäfer. Ich will alles oder nichts, und will es noch vor morgen, denn, wenn morgen Ihr Liebhaber wieder auf freien Fuß ist, oder die Gewissheit hat, in kurzer Zeit zu sein, so möchten Sie den Preis nicht mehr zahlen wollen. Entscheiden Sie sich!

Er erhob sich abermals.

Ich habe mich entschieden, erwiderte Antonie, er würde im Weiß verachten, das, um ihn zu retten, seine Ehre preisgeben könnte, und wenn er es nicht thäte, er wäre mir doch verloren, denn ich würde meine Schande in dem ersten, besten Teiche ertränken. Sie sehn, Herr Obrist, der Handel ist zu ungleich.

Wie Sie wollen, sagte der Obrist kalt, indem er den Degen ansteckte und seine Mütze ergriff; aber vielleicht kennen Sie sich eines besseren. Ein Brief von Ihnen, wenn Sie in meinem Quartier bis heute abend neun Uhr abgegeben würdet, würde mich unfehlbar treffen. Ich werde dafür Sorge tragen. Bis dahin, leben Sie wohl, schöne Antonie, und besuchen Sie sich!

Er machte eine spöttische Verbengung und entfernte sich, nachdem er noch in der Thür einen seiner finstern, stechenden Blicke auf Antonien geworfen hatte, die beide Hände gegen ihre Schläfen drückend, noch immer regungslos auf dem Sofa saß.

Aber kaum hatte er die Thür hinter sich geschlossen, als sie aussprang, und einer Rasenden gleich, mit geringen Händen in dem Gemache auf und nieder zu schreiten begann. All die wilde Leidenschaft, die sie so mühsam zu zügeln gehalten hatte, brach jetzt los wie ein entfesselter Strom.

Regierungskreisen ihr Wesen treiben, sollen nun mit Hilfe der Gerichte entlarvt und aufgestellt werden. Der Reichskanzler und Staatssekretär v. Marshall sollen sich bereit erklärt haben, in dieser Angelegenheit ihre Aussagen vor dem Untersuchungsrichter zu machen. Bekanntlich hat der Fall Koze geendet, ohne daß man die Autistiker der Hofintrigen hätte fassen können. Traut man in Regierungskreisen nun bürgerlichen Gerichten zu, die im Fall Koze mißlungenen Versuche glücklich zu Ende führen zu können? Schon jetzt wirkt sehr lebhaft der neueste Fall mit der Koze-Angelegenheit in Verbindung gebracht; es wird sogar vermutet, daß hinter ihm die nämlichen Drahtzieher stecken. Man soll im Reichskanzleramt entschlossen sein, unerbittlich gegen jedermann vorzugehen, der sich der Weiterverbreitung dieser Verleumdungen schuldig gemacht habe. Auf diese Weise hofft man, allmählich zur hochlegenden Quelle hinaufzulaufen. Es wird sich nun fragen, wie weit der gefasste Entschluß voller Schnid und Rückichtslosigkeit durchgeführt werden wird.

Bekanntlich will der Berliner Magistrat von den Schlossplatzprojekten zur Zeit nichts wissen. Das bestimmt die Interessenkreise. Sie gingen hin und besannen sich, wie es anzustellen wäre, des Magistrates Opposition hinfällig zu machen. Und siehe da, sie fanden ein Mittel, das jetzt der Öffentlichkeit zur Überraschung mitgeteilt wird. Es soll ein Schriftstück aus dem 15. Jahrhundert aufgefunden worden sein, durch das bewiesen werden könne, daß der größte Teil des Schlossplatzes, der Schlossfreiheit und die Umgebung des Schlosses bis weit in den Lustgarten hinein nicht Eigentum der Stadtgemeinde, sondern Eigentum der Krone sei. Mürglich erhieltte man sich über eine nach Reichsgerichtsentscheidung noch gültige Konstitutionsordnung aus dem Jahre 1573, jetzt wird nun schon aus dem 15. Jahrhundert ein vergilbtes Stück Papier präsentiert, das mit einemmal die heut gültigen Eigentumsverhältnisse in Berlin umfassen soll. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg; vielleicht findet sich bald ein Dokument, das nachweist, daß die ganze Stadt Berlin der Krone gehört, nicht nur das bishen Schlossplatz. Wenn die Nachricht von dieser sensationellen Entdeckung auf Wahrheit beruhen sollte und nicht bloß eine Einbildung aus den geplanten Teichen an der Schlossfreiheit ist, so dürfte es für den Berliner Magistrat höchste Zeit sein, sich auch ein paar Archivare anzustellen, die die Entwicklung der Eigentumsverhältnisse in Berlin nachzuweisen hätten. Denn daß die Krone den Schlossplatz etc. aus reiner Nonchalance der Stadt überlassen haben sollte, ist doch kaum anzunehmen.

* Berlin, 22. Oktober. Gegen die Handwerker vorlage der preußischen Regierung haben sich, wie die Münchener Neuesten Nachrichten mitteilen, die württembergische, die badische und die hessische Regierung ausgesprochen. Die bayerische Regierung scheint gleichfalls dem Entwurf abgeneigt zu sein, will aber der "Majorität in der Kammer" entgegenkommen, so daß Freunde der Vorlage noch glauben, Bayern sei zu gewinnen. —

Der Reichsanzeiger bringt in seinem nichtamtlichen Teile folgende ölige Beschwichtigungsnachricht: "Das Zusammentreffen des Besuches des Kaisers von Russland in Darmstadt und des Aufenthalts des deutschen Kaisers in Wiesbaden hat naturgemäß zu einer gegenseitigen Begrüßung der beiden Monarchen geführt, welche, frei von allen offiziellen Ceremoniell, lediglich den Charakter der Intimität bewahrt, wie sie der traditionellen Freundschaft und den nahen verbandtschaftlichen Beziehungen der beiden Herrscher entspricht. Der offizielle Gegenbesuch unserer Majestäten bei den kaiserlichen Herrschaften in Russland ist, wie wir hören, für den Beginn des nächsten Sommers vorbereitet." —

Abg. Dr. Arendt, der Silberapostel und Kolonialsex., widmet in seinem Deutschen Wochenblatt dem entlassenen Kolonialdirektor Dr. Räther einen längeren Artikel, der scharfe Angriffe auf die Person des bisherigen Leiters des Kolonialamts enthält. Von besonderem Interesse ist die Antwort Arendts auf die Darstellung Räthers über die Verhandlungen wegen der Verwendung von Peters im Reichsdienst. Dr. Arendt erklärt, daß die Darstellung Räthers unzutreffend ist und auf Unwahrheit beruhe. "Da die Verhandlungen zwischen uns unter vier Augen geführt wurden, so glaubte Dr. Räther augenscheinlich, daß ich seine Behauptungen nicht widerlegen könnte. Er vergaß eins: Scripta manent (das Geschriebene bleibt). Herr Dr. Räther hat mir Briefe geschrieben, die seine Darstellung unserer Verhandlungen völlig Augen strafen. Herr Dr. Räther hat darin in den wärmsten Ausdrücken seine Dankbarkeit für die durch meine Vermittelung ihm geleisteten Dienste ausgedrückt. Waren die Verhandlungen so ge-

Ihre Wangen glühten, ihre Augen blickten vor Zorn; sie murmelte wilde Verwünschungen, und dann warf sie sich wieder auf das Sofa und schluchzte und stöhnte unter tausend Thränen:

O, mein Gott, mein Gott! Was soll ich thun! Was soll ich thun!

Ein hübsches, junges Mädchen blickte herein und sagte: Ach, verzeihen Sie, gnädige Frau; aber draußen ist eine Dame, die Sie dringend zu sprechen wünscht.

Wie heißt sie?

Sie wollte mir ihren Namen nicht nennen; aber ich glaube, daß sie wohl auch einen Verwandten in den Kasernen haben muß; sie sieht so sehr traurig aus.

Führen Sie sie herein, sagte Antonie, sich rasch erhebend und ihr Taschentuch schnell noch einmal auf ihre Augen und Wangen drückend.

Die fremde Dame blieb, als das Mädchen die Thür hinter ihr geschlossen hatte, stehen und schlug ihren Schleier zurück.

Antonie hatte Klärchen nie gesehen; aber ein Blick in das blaue, schmerzdurchwühlte Antlitz der jungen Frau sagte ihr, wen sie vor sich habe. Sie trat rasch auf Klärchen zu und sagte, ihre Hand ergreifend:

Sie sind seine — Gattin!

Klärchens Antwort waren zwei Thränen, die aus ihren Augen quollen und langsam über ihre bleichen Wangen rannen.

Antoniens Hände zitterten, als sie mit geschäftiger, fast demütiger Freundlichkeit Klärchen das Kästchen löste, den Shawl abnahm und sie nach dem Sofa führte.

Seit wann sind Sie hier?

Seit gestern.

Und haben Sie ihn gesehen?

laufen, wie er sie darstellt, hätte ich ihm gegenüber Drohungen, die an Expressing grenzen, gebraucht, hätte er mir am liebsten die Thüre gewiesen — dann wäre der freundliche und in Dankbarkeit überschlagende Ton seiner Briefe unbegreiflich." Dr. Arendt schlägt Dr. Räther die gegenseitige Veröffentlichung ihres Briefwechsels vor. Er sei dazu sogar gezwungen, wenn Dr. Räther fortfahren sollte, seine Wahlhaftigkeit in Zweifel zu ziehen. —

Ein Dementi bringt die Berliner Korrespondenz; es lautet: "Die in mehrere Blätter, u. a. auch in die Norddeutsche Allgemeine Zeitung übergegangenen Mitteilungen der Berliner Politischen Nachrichten über die im Bundesrat erfolgte Ablehnung des Antrags auf Einführung eines Gesetzes auf Durchbruch sind, soweit sie die Stellungnahme einzelner preußischer Ministerien betreffen, unzutreffend." Das Dementi erfolgt wohl auf Wunsch des Landwirtschaftsministers von Hammerstein, der nach der Liebe der Agrarier lebt. —

Major v. Wissmann hat in der gestrigen Sitzung der Vereinigung für vergleichende Rechts- und Staatswissenschaft über die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutsch-Ostafrika gesprochen. Er befürwortet die Besteuerung der Einwohner in Form einer Kopfsteuer.

Die sächsische Provinzialsynode hat ebenso wie die Posener gegen das Duell Stellung genommen.

Wie hat Herr Gamp, der Mann mit dem fiskalischen Steinkopf, sich um die Gunst der Agrarier bemüht, wie hat er den Börse-reformer gespielt! Er ging bis zum äußersten, nur daß er nicht alle geschebeischen Dummköpfe der Börsenkommissionsmehrheit mitgemacht hat. Jetzt wird Herr Gamp als Kandidat für das Amt eines Berliner Börsenkommissars genannt. Und slugs schreibt das Bündlerblatt, die Deutsche Tageszeitung: "Wir wissen nicht, ob diese Meldung zutrifft, aber wir glauben, daß nach der Haltung des Herrn Geh. Rat Gamp in der Kommission der Börse gegen seine Erneuerung keinen Widerspruch ver suchen würde."

Achter Gamp! Das ist der Dank vom Hause Agrarierum. Warum auch wird nicht der erfahrene Termin-Ploch Kandidat?

Düsseldorf, 21. Oktober. Auf Beschuß des Amtsgerichts hier wurden die beiden, die "Düsseldorfer Ehrenhändel" betreffenden Broschüren, betitelt: Ein militärisches Behnigter und Die Duellangelegenheit Frhr. v. Chrhardt und F. v. Kampf gegen Referendar Dr. jur. Evers, heute hier beschlagenahmt

Karlsruhe, 21. Oktober. Der Charakter des Totschläger-Vorliebten v. Brüssel wird durch eine Mitteilung der konservativen Badischen Landpost in ein neues Licht gerichtet. In diesem Blatt wird der Lieutenant v. Brüssel jetzt als ein Mann bezeichnet, der als Trinker großen Stils nicht weniger bekannt ist, wie als rücksichtsloser Libertin (Wüstling), der schon aus anständigen Straßen und Häusern hat ausziehen müssen".

Ein Gevohrsmann der in Nadolzzell am Untersee erscheinenden vielgelesenen Freien Stimme berichtet dem Blatte folgendes: "Einer meiner guten Bekannten, der eben aus Karlsruhe zurückkehrte, erzählte mir u. a.: Tags darauf nach der im Tannhäuser verübten schrecklichen Blutthätte sah ich abends mit einigen Freunden in einer Weinwirtschaft, die sich ganz in der Nähe des Tannhäusers befindet. Den Gegenstand unserer Unterhaltung bildete selbstverständlich das grauenhafte Vorommnis. Auf einmal öffnete sich die Thüre und herein tritt ein schnelliger Lieutenant, zwei große Hunde an der Leine führend. Aufsallend nimmt er an einem Tischen Platz und redet die Kellnerin also an: „Nun Fräulein! was sagen Sie denn zu der „Geschichte“ von gestern abend im Tannhäuser? Ich hätte den Kerl noch eher zusammenstochen.“ Die Anwesenden waren baff vor Staunen und Erstaunung über eine solch unerhörte Sprache. Keiner wagte eine Einrede. Das einfältige Kellnermädchen gab jedoch dem Herrn Lieutenant Recht. Nach dessen Weggang jedoch beschwerten sich die Gäste bei dem Wirt und drängten auf sofortige Entlassung dieses unflieglichen Dienstbaren Geistes, welchem Aufsehen der Gasthausbesitzer auch sofort entsprach. Nach unserem Dafürhalten wäre es jedenfalls besser und nachhaltiger gewesen, den Lieutenant aus dem betreffenden Hotel zu verweisen und der einsätzigen Tochter einen derben Verweis zu erteilen, statt sie auf die Straße zu setzen.“ Stimmt!

Etwas mehr Offenlichkeit fordert die Kölnische Blg. in einer Befreiung über den Fall Brüssel. Dieser Fall scheine sehr geeignet zu sein, jenen kurzfristigen Militärs, die, man will mich nicht zu ihm lassen; morgen — vielleicht; aber ich glaube, man hat es mir nur gesagt, um mich wieder los zu werden; können Sie nichts, nichts für mich thun?

Und Klärchen blickte angstvoll Antonie an.

Arme, arme Frau, murmelte Antonie. Sie konnte ihre Augen nicht von Klärchens Gesicht abwenden; sie hatte sich Müllers Gattin so ganz anders gedacht. Hatte er wirklich kein Auge gehabt für die Milde und Güte, die aus diesen reinen, unschuldigen Bürgern sprach? Hatte er wirklich kein Ohr gehabt für die Melodie dieser sanften Stimme? Hatte er diese sanfte, weiße Hand halten und wieder lossen können? —

Arme, arme Frau! rief sie noch einmal; in der Flut von Gedanken, die auf sie einstürmten, verlor.

Ich will ja nichts weiter, als ihn noch einmal sehen, fuhr Klärchen fort, um seinetwillen; nicht um meinetwillen; denn ich weiß, daß, wenn er mich auch nicht liebt, wie er Sie liebt, ihm das Herz doch schwer ist, so oft er an mich denkt. Ich will ihm nur sagen, daß ich ihm längst verziehen habe, wenn ich ihm je etwas zu verzeihen hatte, daß, wenn er sterben muß, er um meinetwillen ruhig sterben kann.

Um die bleichen Lippen zuckte ein wilder Schmerz, und doch klang die Stimme so sanft und fest.

Sie sehen mich erschrocken an, gnädige Frau, sagte sie; haben Sie denn eine Hoffnung, daß er leben bleiben kann? Ich habe keine. Ich weiß, daß er nichts widerren, daß er im Gegenteil, wenn man ihm das Wort verstatte, die ganze Kunst seiner Nede nur dazu anwenden wird, seinen Überzeugungen noch einmal Ausdruck zu geben.

(Fortsetzung folgt.)

ohne genügenden Einblick in die Bedürfnisse der Rechtspflege, sich gegen die Einführung der Offenlichkeit in die Militärstrafrechtspflege stemmen, endlich die Augen zu öffnen. Die Darstellung, die die Freunde des Erthaltenen über den Verlauf des Streites geben, steht zu den Erklärungen, die von dem Kommando des 1. badischen Leib-Grenadier-Regiments veröffentlicht worden sind, im schroffsten Gegensatz. Nur das Gerichtsverfahren vermag diesen Widerspruch anzuhellen und zu beenden; nach dem jetzigen Verfahren aber ist es ausgeschlossen, daß die Offenlichkeit über die Auskündigung zuverlässige Kenntnis erhält. Es ist aber unbestreitbar, daß das nicht im Interesse des Heeres liegt. Unser Heer ist ein Volkssheer. Es wurzelt und hat seine wichtigste Kraft in dem Vertrauen, das unser Volk dem Heere und seinen Einrichtungen entgegenbringt. Niemand kann im Heere ein Interesse daran haben, daß das strenge Walten der strafenden Gerechtigkeit durch völlig veraltete und dem Heere nicht zum Nutzen gereichende Rechtsinrichtungen künstlich verschleiert wird. Wer in diesen Fragen das Walten der Offenlichkeit einschränken und eindämmen will, der schädigt geradezu das Ansehen unseres Heeres."

Wenn zwei dasselbe thun! In Ebnet bei Freiburg im Breisgau wurde der einzige Sohn des Bürgermeisters erschossen. Der Thäter, ein junger Schuhmacher, hatte mit einigen jungen Wirthschaften in der Restauration Ruh und wurde von dem Sohn des Wirths zur Ruh aufgefordert. Als lehrer sich in Begleitung des Bürgermeistersohnes in den Hof begeben wollte, ging der Thäter nach und versetzte dem Unglücklichen einen Stich in die Brust, der den sofortigen Tod zur Folge hatte. Jedenfalls war der Sohn des Wirths als Opfer anzusehen. Die Gendarmerie von Freiburg wurde in Kenntnis gesetzt, war auch sofort zur Stelle und nahm den Mörder fest.

1. Mühlhausen i. E., 20. Oktober. Die Tätigkeit unserer Genossen Buch und Hinkel im hiesigen Gemeinderat hatte bereits einen praktischen Erfolg. Auf ihren Antrag wurde beschlossen, eine Auskunftsstelle mit einigen Angestellten zu errichten, wo jedermann in Fragen der sozialpolitischen Gesetzesgebung jederzeit unentgeltlicher Rat und Auskunft ertheilt wird. Die Prüfung der Bedingungen, unter denen ein solches Auskunftsbüro errichtet werden soll, wurde einer Spezialkommission überwiesen, die die Angelegenheit so weit förderte, daß das Büro bereit am 1. November eröffnet werden kann.

Weiter haben unsere Genossen die Errichtung einer Kommission zur Untersuchung der Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie beantragt. Schon jetzt wird die Zahl der Beschäftigungslosen auf mindestens 600 geschätzt.

Wieder freigelassen wurde am letzten Sonnabend der Arbeiter Weiß, der letztes Jahr acht Tage vor der Ermordung des Fabrikanten Schwarz an diesen den bekannten Warnbrief schrieb und vor 14 Tagen deshalb verhaftet wurde; die Untersuchung ist nunmehr abgeschlossen und die Angelegenheit wird am 23. Oktober die Strafkammer des hiesigen Landgerichts beschäftigen.

Austerreich-Ungarn.

Eine Eisenbahner-Interpellation.

Wien, 21. Oktober. Bei der Beratung des Dringlichkeitsantrages Pernerstorfer im Abgeordnetenhaus, den Eisenbahndienstminister aufzufordern, die untergeordneten Organe zu belehren, daß der Druck auf die Bahndienststellen zur Verhinderung des Beitrags zu gefährlich gestalteten Vereinen eine Verleugnung des Staatsgrundgesetzes sei, betonte der Eisenbahndienstminister, die Bahndienststellen hätten bisher „von ihrem Beschwerderechte wegen unzulässiger Behandlung nicht Gebrauch gemacht“! Der Minister sicherte „strengste Untersuchung“ der vorgebrachten konkreten Fälle zu. Bei der Eisenbahn sei die „strengste Disciplin“ notwendig, da es sich um Interessen von größter Tragweite und täglich um das Leben Tausender handle. Wohin sollte es führen, wenn die Dienststellen statt den Vorgesetzten einer gewissen Parteileitung folgen würden? Es sei Schuldigkeit der Direktoren, dafür zu sorgen, daß die „Disciplin“ nicht untergraben werde, selbstverständlich unter strengster Wahrung der Dienstordnung und der Gesetze. Er habe gegen die Dringlichkeit des Antrags nichts einzubringen. So sieht der Minister für schrankenlose Ausbeutung und politische Knebelung. Die Dringlichkeit wurde hierauf mit 73 gegen 68 Stimmen mangels einer Zweidrittelmajorität abgelehnt.

Schweiz.

Organisation der italienischen Arbeiter in der Schweiz.

Zürich, 20. Oktober. Die italienischen Sozialisten sind eifrig daran, die in der Schweiz lebenden Arbeiter zu organisieren. Gegenwärtig ist Andrea Costa, Mitglied des Parlaments, der an dem berühmten Crispischen Kriegsgericht zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, auf einer Agitationstour in der Schweiz begriffen. Am Sonntag sprach er in Zürich, in den nächsten Tagen wird er voraussichtlich in Winterthur und dann in Basel sprechen.

Costa ist ein feiner Kopf, dabei südländisch temperamentvoll und ein vorzüglicher, aufründer Redner.

Die etwa 800 Arbeiter, die ihn am Sonntag in der Eintracht zuhörten, unterbrachen ihn oft mit leidenschaftlichen Beifallsrufen. Es ist nur zu wünschen, daß die so lange ersehnte Organisation der italienischen Arbeiter nun wirklich eine feste und starke werden; eine stramme Organisation ist für die Lösung der „Italienerfrage“ tausendmal wertvoller als die vom Stadtrat beschlossene Versicherung der Zürcherischen Polizeiuniformität.

Der Schreden der Eisenbahndienststellen.

Bern, 21. Oktober. Das Inkosttreten des Eisenbahn-Rechnungsgesetzes ist vom Bundesrat auf den 1. November d. J. festgelegt worden.

Frankreich.

Zur Monarchenzusammenkunft in Darmstadt. — Mohrenheim als Opfer des Bärenbuchs. — Eine Marineschule zu Lande. Biehelnfuhrverbot.

Paris, 20. Oktober. Die Begegnung zwischen Wilhelm II. und dem Baron in Darmstadt wird in der hiesigen Presse mit einem Seuzer der Erleichterung aufgenommen. Bis zum letzten Augenblick hatte man hier Wiene gemacht, an der Begegnung zu zweifeln. Jetzt werden mit leicht zu erraten, aber aus pregezähnlichen Gründen nicht wiederzugebenden Worten Ursprung und Verlauf der Monarchenzusammenkunft kommentiert. Romantisch wird der Umstand betont, daß der Baron den deutschen Kaiser weder am Bahnhof empfangen noch ihn begleitet hat.

Den Franzosen soll, wie der Elatir meldet, noch eine Vergeltung für den gelungenen Bärenempfang werden. Der russische Botschafter in Paris, Baron v. Mohrenheim, soll

abberufen werden, und zwar hauptsächlich deshalb, weil er nochdrücklich dem Baron die Reise nach Frankreich abgeraten hätte. Die Nachricht findet ihre Begründung in der auffälligen „Kälte“, welche der Baron während seines Aufenthalts in Frankreich dem Botschafter erwiesen hat.

Der radikale und bürgerliche Marineminister Locketz hatte im Interesse einer tüchtigen Ausbildung der Marineoffiziere und zur Bekämpfung der Schülungswirtschaft bei der Besiedlung eine praktische Marineschule an Bord von drei Kreuzern im Touloner Hafen geschaffen. Das passte dem gegenwärtigen Marineminister, Admiral Besnard, ebenso wenig wie die übrigen von seinem Vorgänger durchgeführten Reformen. Er hat nun zum allgemeinen Erstaunen die Schöpfung Locketz durch eine höhere Marineschule in Paris erweitert. Zugleich wurde der tüchtige Leiter der praktischen Marineschule, Konteradmiral Fournier, mit einem unbedeutenden Posten abgefunden. Der fromme Besnard (die höheren Posten in der französischen Marine, wie übrigens auch in der Armee, sind fast ausschließlich mit Clerikalen besetzt) hatte es Fournier sehr ableben genommen, daß er an Bord der drei Kreuzer keinen einzigen Priester angestellt habe. — Bei der Beratung des Marinabudgets wird Besnard mit seinen Seeleuten zu Lande ein bitteres Ständchen erleben, insofern er übrigens bis dahin nicht selber trocken gestellt wird.

Der Ackerbauminister hat die Einfuhr von Schafen und Kindern aus Ost- und Südafrika nach Frankreich wegen der dort ausgebrochenen Kinderpest verboten.

Italien.

Ein großer Bankraub. — Polizeimahregeln gegen die Arbeitersklaven. — Ein Brief Verros.

O Rom, 19. Oktober. Schon wieder ging es einem Kommandanten an den Kragen; Giuseppe Giacometti, Direktor der bankrotten Immobiliar-Bank, ist wegen betrügerischen Bankrobs verhaftet worden. Der Verhaftungsbefehl ist von demselben Richter ausgesetzt, der die Prozesse Taulongo und Gräfin Celles leitete. Ein gutes Vorzeichen für den Spießbüben! Der Zusammenbruch der Bank datiert vom 10. Juni d. J.; es waren 80077318 Lire Utiva gegen 96917343 Lire Passiva vorhanden. Die Schuldverschreibungen des Instituts zu 1000 Lire werden heute mit 200 Lire gehandelt und die Aktien zu 500 Lire, die bis auf 1000 gestiegen waren, sind heute 8 Lire wert. Die Schuldverschreibungen sind zum größten Teil in der Schweiz und in Deutschland untergebracht.

Die polizeiliche Schließung der Arbeitskammer in Livorno macht alle Vereinsleistungen des organisierten Proletariats schwierig. Die Maßregel soll im Zusammenhang mit dem Streik der Glassfabrikarbeiter in Livorno stehen, die die Vermittlung der Arbeitskammer angerufen hatten. Das Vorgehen der Behörde ist ganz sizilianisch.

Bernardino Verro, der treifliche Organisator der sizilianischen Bauern, der unter Crispi's Regime zu sechzehn Jahren Gefängnis verurteilt war, begnadigt worden ist und gegenwärtig nach Verstörung der neuengründeten Landarbeiterorganisation: La Terra (Die Erde) wieder gerichtlich verfolgt wird, schreibt von seinem Schlupfwinkel aus an die Critica Sociale einen Brief, aus dem den Leser das grausige Ende der armen Sizilianer entgegenkriegt. Die Gefangnisse sind wieder gefüllt von Arbeitern, die friedlich ihr Recht suchten. Die Auswanderung, schreibt Verro, nimmt riesige Proportionen an, von Corleone allein segeln am 10. Oktober 500 Personen nach Amerika ab, die lieber an gelbem Fieber als an chronischem Hunger zu Grunde gehen.

Großbritannien.

Die Krise und die Gegenseite zwischen Parteien und Staatsmännern.

Z London, 20. Oktober. Der fast leidenschaftliche Ton, der in der St. James Halle gehaltenen Reden erhält eine kühne Beleuchtung und Deutung durch Lord Salisbury's Brief an Corwell Williams, einen Abgeordneten, der als Führer der Dissidenten im Unterhaus bekannt ist. Der Hauptpunkt dieses Schreibens ist in der Stelle enthalten, daß England in Konstantinopel nicht isoliert vorgeht — insofern ein gutes Zeichen, als Lord Salisbury in der letzten Zeit die Geyslogenheit hatte, die Karten auf den Tisch zu werfen und das Publikum in sein Vertrauen zu ziehen, so oft die Sachen schief gingen. Uebrigens hat Lord Salisbury jeden Grund mit dem Ergebnis der Kundgebung der Mayors, Bischöfe und sonstigen Würdenträger zufrieden zu sein, die nichts so laut beschlossen, als wenn ein Redner die Notwendigkeit betonte, den Premierminister in seinem Bestreben zu unterstützen, der Tyrannie in Konstantinopel ein Ende zu machen. Bezeichnend ist auch, daß Gladstone in seinem Brief diese selbe Notwendigkeit hervorhebt — überhaupt ist ersichtlich, daß die gegenwärtige Krise die Grenzlinien der Parteien einerseits verwischt und auf der anderen Seite die Gegenseite zwischen gewissen Staatsmännern vertieft hat.

Im Kabinett selbst ist Lord Salisbury mit seinem Vorschlag energischen Vorgehens gegen den Sultan, dessen Absehung er wiederholt befürwortete, auf den Widerstand dreier Minister gestoßen, von denen zwei, Lord Grey und Sir M. Hicks-Beach, waschechte Tories sind — der erste war mit Lord Salisbury ein Kollege des Earl Beaconsfield —, während der dritte, der Herzog v. Devonshire, ein liberaler Unionist, wegen seines bedächtigen Temperaments schon in Gladstones zweitem Ministerium als Radikal angesehen wurde.

Nicht minder bemerkenswert war der von Gladstone gegen Lord Rosebery (den er aber nicht nannte), abgegebene Bleib. Die Kluft zwischen diesen beiden Staatsmännern vertieft sich immer mehr, zum großen Nachteil der liberalen Partei, die mehr als je gehalten, nicht weiß, wessen Leitung annehmen; beide Männer, Gladstone und Lord Rosebery, sind nicht mehr in der Lage, im Namen der Partei zu sprechen und doch beeinflussen ihre Worte Hunderttausende, die als Liberalen gelten. Uebrigens ist die Notwendigkeit einer Parteileitung nicht ersichtlich, so lange die Partei in der Opposition ist. Kommen die Liberalen einmal in die Lage, die Regierung wieder zu übernehmen, so muß die Partei einen Entscheid insofern treffen, als die Königin zu wissen verlangt, wenn sie die Bildung eines Ministeriums anvertrauen soll. Das ist der Augenblick, wo Sir W. Harcourt seine Rechte geltend machen kann. Vorerst ist er Parteileiter im Unterhaus.

Griechenland.

Der Posse Schluk. — Abkommen betreffend Tunis.

Athen, 21. Oktober. Die drei Offiziere, gegen die heute als letzte wegen Desertion nach Kreta verhandelt wurde, sind ebenfalls vom Militärgericht freigesprochen worden.

Der Abschluß eines Abkommens zwischen Frankreich und Griechenland bezüglich Tunis wird bekannt gegeben.

Türkei.

Armenisches.

Konstantinopel, 21. Oktober. Der armenische Notabel Apic Effendi, der Haremstieffant, wurde zu dreijähriger Festungshaft verurteilt. In der Begründung des Urteils heißt es, daß, wenn derfelbe auch nicht Mitglied des Komitees gewesen sei, er sich doch in die Bewegung eingemischt habe.

Südafrika.

Einigung.

Der Streitfall zwischen der Kapkolonie und dem Oranje-Freistaat wegen der Eisenbahntarife ist beigelegt.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Gegen die Konsumvereine wendet sich in ihrem Jahresberichte auch die Handels- und Gewerbeleute zu Chemnitz. In dem den kolonialwarenhaften betreffenden Teile sagt der Berichtsteller:

Was die Konsumvereine speziell anbelangt, so scheint uns in unseren Gegenbeschreibungen sehr Unterstützung von einer Seite zu kommen, von der sie am wenigsten erwartet wurde, und zwar von den Sozialisten und den ihnen Nahestehenden. Angeblich zur Bekämpfung des Kapitalismus und zu seiner Nahnung gründen diese jetzt Konsumgenossenschaften, da durch solche Organisationen erhebliche Geldmittel, sowie den Führern gut bezahlte Stellen eingebracht, der Mittelstand aber noch mehr als jetzt schonlahm gelegt wird. Solche Organisationen sind aber, besonders wenn Grundbesitz vorhanden, wesentlich schwerer aufzulösen als einfache politische Vereine, und der Staat wird im Interesse der Selbstverhaltung gewisse Grenzen ziehen müssen, die auch den Vereinen gegenüber nicht ohne Wirkung sein können, die erst der Unterstützung höchster Beamter ihre Existenz verdanken.“

So offen wie hier dürfte von amtlicher Stelle wohl noch nicht ausgesprochen worden sein, die Absicht einer völligen Unterdrückung der Konsumvereine, d. h. von Institutionen, die einen reichsgelehrten Schutz genießen. Aber die beste Absicht wird nichts nützen. Die Maßregeln gegen die Konsumvereine werden nur bewirken, daß diese sich um so festeren Schutzschirm gegen die feindlichen Angriffe schaffen. Der Kämergeist wird durch die Bekämpfung der Konsumvereine nichts profitieren.

Die Verwendung von Kindern zum Steinelloppen ist aus Anlaß einer schweren Verleistung, die sich ein Knabe beim Steinelloppen zugezogen hat, vom Ministerium verboten worden. Damit ist dieser kommunalen Kinderausbeutung, die schon zu vielen Klagen Veranlassung gegeben, der Boden entzogen. Allerdings hat es lange genug gedauert, ehe das Verbot erfolgte.

Dresden, 21. Oktober. Drei amtsrichterliche Strafbefehle wegen Tragens republikanischer Abzeichen erhielten drei Genossen, weil sie beim Begräbnis des Genossen Eichhorn Kränze mit roten Schleifen getragen haben sollen, denn die Schleifen wurden konfisziert, als die Trauernden aus dem Trauerhaus heraustraten, so daß der Staat gar keine Zeit hatte, ins Wanken zu geraten. Die Strafmandate lauten auf 20, 30 und 30 Mark. Die Höhe der Strafe scheint nach der Größe der Schleife ausgeworfen worden zu sein. Denn der einen Genossen, die das auf 20 Mark lautende Strafmandat erhielt, wurde eine Schleife von 1200 Quadratcentimeter abgenommen, die Schleifen der anderen beiden Genossen, deren Strafmandate auf 30 Mark lauteten, hatten einen Umfang von 1500 resp. 1600 Quadratcentimeter.

Drei Mitglieder des hiesigen Vereins der Markthelfer, Pader und Kutschler wurden mit Strafmandaten in Höhe von je 20 Mk. bedacht, weil sie in ihren Verein Mitglieder aufgenommen haben, die das 21. Lebensjahr noch nicht erreicht hatten. Die evangelischen Arbeitervereine können ungeklärt Politik treiben und minderjährige Arbeiter in ihren Reihen zählen.

Eine Landesversammlung sächsischer Tierärzte hat am letzten Sonntag hier stattgefunden, die gut besucht war.

Ein schreckliches Familiendrama. Ein fünfziger Giftmord, hat sich, wie bereits telegraphisch gemeldet, in Blasewitz, dessen Bewohner jetzt noch durch die blutige Affäre Wolfenberger-Pfaff in Altem gehalten werden, abgespielt. Der in der Berggartenstraße 11 wohnende Schriftsteller Dr. Eulenburg hat sich, seine Frau und seine drei Kinder vergiftet. Die entsetzliche That ist bereits vor acht Tagen ausgeführt, aber erst gestern entdeckt worden, weil Dr. Eulenburg angegeben hatte, er wolle mit seiner Familie eine Reise nach Berlin unternehmen. Als ein Gerichtsvollzieher gestern eine Pfändung vornehmen wollte, fand er die Wohnung verschlossen. Er ließ sie polizeilich öffnen, und da bot sich dem Beamten ein geradezu entsetzliches Bild. Auf dem Bett liegend fand er den 45-jährigen Mann, seine ca. 35 Jahre alte Ehefrau und seine drei Kinder, im Alter von 10, 8 und 1½ Jahren, entsezt vor. Die Leichen waren schon in Verwesung übergegangen und wurden auf einem Rollwagen, mit Decken zugedeckt, nach dem Tollwitzer Friedhof überführt. Der herbeigehende Arzt konstatierte Blutsäurevergiftung. Nahrungsorgeln sind das Motiv der unseligen That. Seit vier Monaten konnte Eulenburg nicht einmal das Frühstücksbrot bezahlen. Dr. Eulenburg war der Verfasser des Bismarckfestspiels, das im vergangenen Sommer in Donaths Neuer Welt in Tolkewitz aufgeführt wurde. Ebenso hatte er eine Broschüre: Deutschlands Machstellung seit 1870, verfaßt — also ein streng loyaler, patriotischer Mann. Mit welchen Empfindungen mag er von dieser besten der Welten geschieden sein?

Nach den Dresdener Nachrichten ist der Wirt Wolfenberger nicht aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Ein aufregender Vorgang, der leicht sehr ungünstig aussiehen könnte, spielt sich vorgestern vormitig auf dem Bahnhofsgänge an der Rosenstraße ab. Der betreffende Bahnwärter lief kurz vor dem Schließen der ersten Bahnstation ein Geschirr passieren, als daselbe jedoch die zweite Bahnstation passieren wollte, wurde leichter geschlossen, dermaßen, daß sie auf die Plane des Wagens zu liegen kam. Nur durch energisches Antreiben des Pferdes gelang es dem Geschirrführer, ein Handelsmann aus Kamenz, noch vor Heraufahren des Zuges aus der lebensgefährlichen Situation zu entkommen.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Hierzu eine Beilage.

Beilage zu Nr. 246 der Leipziger Volkszeitung, Donnerstag 22. Oktober 1896.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Greizberg. 21. Oktober. In der heute abend abgehaltenen gemeinschaftlichen Sitzung des Rates und der Stadtverordneten wurde Rechtsanwalt Dr. Schroeder in Crimmitzschau, der Führer der dortigen Nationalliberalen, zum Bürgermeister gewählt.

Grimma. 21. Oktober. Vielbesprochen wird jetzt in hiesiger Gegend eine Untersuchung wegen Hazardspiels in einem Nachbarorte. Die Schwester eines vor einiger Zeit wegen Geldverlegenheiten vorübergehend abwesend gewesenen Kaufmanns zeigte der Staatsanwaltschaft an, daß der Vermögensverlust ihres Bruders durch Verluste im Spiel herbeigeführt worden sei. Die infolgedessen veranstaltete Untersuchung hat die Wahrheit jener Anzeige ergeben und dürfte noch weitere Folgen nach sich ziehen.

Gallenstein. 21. Oktober. Dem Redakteur der Vogtländischen Volkszeitung, Genosse Küntzel, wurde die Privatlage des Margarinefabrikanten Mohr in Bahrsfeld wegen Beleidigung zugesellt. Wie es scheint, hat Mohr alle Zeitungen verlogt, die seiner Zeit den Polizeibericht der Wormser Zeitung, der sich mit dem Hirschheimer Abenteuer des Herrn Mohr beschäftigte, abdrückten. Es sind dies ihrer über 200 und allen möglichen Parteien angehörig.

Hainichen. 21. Oktober. Die Steinlohlenbergwerke auf Berthelsdorfer Flur nicht weit von Hainichen sollen wieder aufgeschlossen werden, und es befinden sich schon mehrere Fachkunde Ingeneure an Ort und Stelle, um Terrainuntersuchungen vorzunehmen. Uebertags ist bereits früher, nahezu zwei Jahrhunderie, im Striegisthal von Berthelsdorf eifrig Bergbau getrieben worden.

Gera. 21. Oktober. Der Weber Bink in Döbschütz wurde vom Schöffengericht wegen Verlängerung groben Unfugs zu 15 Ml. Geldstrafe bez. einer Woche Haft verurteilt. Er hatte in einer Parteiversammlung über die Volksfrage gesprochen und auf Grund eines Berichtes der Tabelle war über die Ausführungen Binks, nach denen der Vorwurf über Töpels Gaßhaus in Döbschütz ausgeprochen worden war, die Anklage erfolgt. Bink bestreit die Richtigkeit dieses Berichtes. Seine Verurteilung erfolgte auf Grund einer in jener Versammlung angenommenen Resolution, durch die der Vorwurf obenerwähnten Töpels beschieden wurde. Bink habe sich schon dadurch, daß er mit für die Resolution gestimmt habe, des groben Unfugs schuldig gemacht.

Schönebeck. 21. Oktober. Der hiesige Verein Römerbund, der seine Kräfte oft in den Dienst der Wohlthätigkeit stellt, wollte am Sonnabend zu wohltätigen Zwecken eine Theateraufführung geben. Über die Aufführung wurde untersagt, da der Reichsschallensitzer Meier, der in seinem Lokal auch Theateraufführungen abhalten läßt, Einspruch erhoben hatte, weil der Verein keine Gewerbesteuer zahle. Man ist hier höchst erstaunt.

Hof. 20. Oktober. Vor der Strafsammer des hiesigen Landgerichts wurde gestern zum drittenmal wider den Rechtsanwalt Schaps aus Zwicker wegen Preservergehens verhandelt. Der Angeklagte hatte in dem Hofzer Tagblatt im vorigen Jahre einen Bericht über die wider ihn vor der III. Strafsammer des Landgerichts Zwicker wegen Beleidigung des Amtsrichters Dr. v. Heßlich zu Hohenstein-Ernstthal stattgefundenen Hauptverhandlung veröffentlicht und dabei einen Passus der Anklageschrift zum Abdruck gebracht, ehe auf die eingewendete Revision entschieden und damit die Strafsache beendet war. Deshalb von der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Hof angeklagt, wurde er in einer im Januar d. J. vor dem Landgericht Hof stattgefundenen Hauptverhandlung freigesprochen. Gegen dieses Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Hof Revision eingewendet, und das Reichsgericht hatte auf Grund der am 18. Mai 1896 stattgefundenen Hauptverhandlung in einem am 4. Juni 1896 verlassenen Urteil dieses Urteil wieder aufgehoben, indem es zwar anerkannt hatte, daß „Besunder“ eines Schriftstücks im Sinne des Reichspresgesetzes nicht soviel bedeute wie „Vorlesen“. Zu der heutigen Hauptverhandlung waren als Zeugen die Herren Landrichter Dr. Schmidgärtner und Staats-

anwalt Güttel aus Zwicker geladen. Das Landgericht Hof sprach darauf den Angeklagten abermals frei.

Vereine und Versammlungen.

Aus Lagerhalterkreisen werben wir ersucht, dem nachstehenden Aufnahme zu gewähren. Selbstverständlich überlassen wir die Verantwortung für Inhalt und Schlussfolgerungen dem Ersender. Die Leipziger Volkszeitung brachte in ihrer Nummer vom 8. September einen Bericht über eine stattgefundenen Lagerhalterversammlung zu Plauen bei Dresden, die die Entlassung des Lagerhalters Paul Pfundt im Verein Postchappel behandelte. Zur Klärstellung dieser Angelegenheit möge folgendes dienen. Der Verein hat in dem Lagerhalterkontrakt nachstehenden Passus vorgelesen: „Herr Pfundt steht nicht nur für sie, sondern auch für die Handlungen aller sonst für ihn in der Verkaufsstelle thätig gewesenen Personen dem Konsumverein für Postchappel und Umgegend ic. mit seiner Recht und seinem gesamten Vermögen haftbar.“ — Betreffender Lagerhalter hat nun zweimal mit unehrlichen Veräußerungen zu arbeiten. Die eine wurde aus seiner Filiale wegen Unehrlichkeit weggenommen und in einer anderen Verkaufsstelle untergebracht, wo sie dieselben unehrlichen Manipulationen vornahm, woraushin dann die Entlassung erfolgte. Die zweite Veräußerung stand längere Zeit im Verdacht, die Kasse etwas zu erleichtern, welcher Verdacht der Verwaltung vom Lagerhalter zur Kenntnis gebracht wurde. Endlich war nur Herr Pfundt in der Lage, den Diebstahl nachzuweisen, benachrichtigte infolgedessen sofort die Verwaltung vom Geschehenen und erhielt den Gehalt, er solle, wenn er Gründe habe, die Entlassung der Veräußerin beantragen. Auf sein Drängen ließ sich die Verwaltung herbei, einen Vertreter, den Kassierer Herrn Chemnitzer, mit der Untersuchung des Falles zu beauftragen und in dessen Gegenwart wies Herr Pfundt nach, daß die Veräußerin am betreffenden Tage 12 Ml. in bar gestohlen hatte. Außerdem gestand sie noch ein, eine Summe von ca. 60 Ml. sich angeeignet zu haben, was sofort schriftlich festgelegt und von der Veräußerin, dem Lagerhalter, sowie Herrn Chemnitzer unterschrieben wurde. Eine sofort vorgenommene Inventur ergab einen Fehlbetrag von über 800 Ml. Die Verwaltung gab Herrn Pfundt acht Tage Bedenkzeit, sich darüber zu äußern, in welcher Weise er dies, lediglich durch Diebstahl entstandene Defizit zum Ausgleich bringen wollte. Selbstverständlich weigerte er sich, unter diesen Umständen für einen Pfennig aufzukommen. Nachdem die Frist verstrichen war und Pfundt auf seinem Standpunkt beharrte, beschloß die Verwaltung, ihm zu föndigen, sofort zu entlassen und die kontraktlich festgesetzte Kündigungsfrist zu entzögeln. Der Betroffene wandte sich zunächst an den Vorstand der Lagerhalterorganisation und wurde von diesem erst brieftisch bei der Verwaltung angefragt. Da jedoch die Antwort eine ausweichende war und den Sachverhalt in keiner Weise klarlegte, wurde ein Vorstandsmitglied beauftragt, mit dieser Verwaltung Rücksprache zu nehmen. Diese Unterredung war ohne Erfolg, da der Geschäftsführer verreist war, und konnte man nur den Eindruck gewinnen, daß Pfundt durch sein energisches Auftreten sich die Verwaltung versichert hatte, denn Herr Chemnitzer ließ klar und deutlich durchdringen, daß, wenn die in Aussicht genommene Generalversammlung die Biedereinstellung Pfundts beschließe, so mache die Verwaltung nicht mehr mit. Seitens einiger Verwaltungsmitglieder wurde Pfundt verdächtigt, nicht ganz ehrlich zu sein. Die Generalversammlung beschloß, eine Kommission zu wählen, die untersuchen sollte, ob diese ausgesprochenen Verfestigungen sich bewahrheiteten. In der Sachsischen Arbeiterzeitung Nr. 281 vom 4. Oktober veröffentlicht nun diese gewählte Kommission folgende Erklärung: Die von der Generalversammlung des Konsumvereins für Postchappel und Umgegend am 20. September d. J. gewählte Kommission erklärt, daß dem Lagerhalter Pfundt durch das vorgelegte Material Unterstellung nicht nachgewiesen worden ist. Die Kommission. Es wäre wohl nun Sache der dortigen Kollegen, Mitglieder und Parteigenossen, dahin zu wirken, daß der Lagerhalter wieder in seine frühere Thätigkeit eingestellt wird, da der Beweis vollständig erbracht wurde, daß Pfundt makellos und ehrlich in dem Konsumverein dasteht und als Parteigenosse in anerkennenswerter Weise für unsere Parteiarbeit jahrelang hingebend gewirkt hat.

Die Versammlung für Frauen und Mädchen, die am Dienstag abend im Pantheon abgehalten wurde, war infolge des schlechten Wetters von nur 120 Personen besucht. Die Referentin, Frau Vogel-Nießkau, wies an der Hand statistischen Materials die Zunahme der weiblichen Arbeitskraft in der Industrie nach. Die Frau habe deshalb auch ein großes Interesse an der Verkürzung der Arbeitszeit. Wie sehr es das Unternehmertum verstände, den jetzigen 11stdielen Arbeitsplatz bis aufs äußerste auszunützen, zeige die in der Textilindustrie getroffene Einrichtung von Tag- und Nachschichten und die an den Maschinen angebrachten Kontrolluhren, die jedes zusätzliche, wenn auch noch so kurzes Stehenlassen der Maschine nachweisen. Das Verbot der Nachtarbeit sei anzustreben, ebenso eine bessere Entschädigung für den Verlust von

seits macht Herr Badrutt eine Reihe historischer Gründe geltend, die mindestens dieselbe Beweiskraft haben wie das Belegnis Vasari, die aber für die Echtheit der Assumption sprechen würden. Herr Badrutt stellt zunächst fest, daß die Kirche der „schwarzen Mönche“ in Placenza (der Benediktiner von San Sisto) im Jahre 1512 eingeweiht worden sei. Nun waren die Benediktiner sehr arme Mönche, zudem die Kirche klein, und er stellt da die Frage, ob es denkbar sei, daß ein so berühmter Meister wie Raffael, der mit Aufträgen von kirchlichen und weltlichen Fürsten überhäuft gewesen sei, für diese armen Mönche das Bild gemalt habe. Dieser Einwand scheint durchaus plausibel, insbesondere, wenn man den Umstand in Betracht zieht, daß jeder Nachweis dafür fehlt, daß die schwarzen Mönche in irgend welchem Verlehr zu dem großen Meister gestanden haben.

Andererseits ist Badrutt im Stande, nachzuweisen, daß seine Madonna, also die Assumption, sich im Besitz der Herzöge von Ferrara befunden habe. Das Bild wird in allen Inventarien und Dokumenten als Madonna della Assumption bezeichnet. Herzog Alfonso I. von Ferrara, einer der reichsten Fürsten seiner Zeit, stand aber bereits 1512 in Beziehungen zu Raffael, von dem er noch 1516 die Kartons zu dessen drei Hauptwerken erhalten hatte. Es ist undenkbar, räsoniert nun Badrutt, daß Raffael sein Bild für die armen Benediktiner gemalt habe, während die reichen und kunststolzen d'Este (die Herzöge von Ferrara) sich mit einer Kopie begnügt hätten. Auch die Thatsache, daß die Assumption auf festem Leinwandgemälde in einem Stücke gemalt ist, während die Sixtina auf einer groben Leinwand mit zwei Mänteln gemalt wurde, führt Badrutt zu Gunsten der Echtheit seiner Assumption an, wenn man annimmt, daß das Original überhaupt von Raffael gemalt sei. Denn kein anderes Werk Raffaels sei anders als auf einem Stücke gemalt. Auch behauptet Badrutt, daß das Ultramarin des Kleides der Madonna das echte Ultramarin sei, das zur Zeit Raffaels mit Gold aufgewogen wurde, und er meint nun, daß es undenkbar sei, daß ein Kopist eine solch wertvolle Farbe angewandt habe.

Gliedmaßen. Die Frau müsse Schulter an Schulter mit dem Mann kämpfen. Sie werde zu den Leistungen für Staat und Gemeinde herangezogen und habe deshalb auch die politischen Rechte zu verlangen. Die Wahlmonstration werde zur Erlangung des Arbeitstages nur dann beitragen, wenn auch die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen immer bestimmter diese Forderung erheben, die von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage vertreten werde. Dem Mangel an statistischem Material müsse durch die Sammlung in den Betrieben abgeholfen werden. Heute seien wir meist auf die Angaben der Fabriksinspektoren angewiesen, die manchmal unzureichend seien. Bezuglich der Altersversicherung, in deren Verwaltung jetzt häufig verkrachte Bürgerliche Existenzien ein Unterkommen finden, müsse die Altersgrenze von 70 Jahren bedeutend herabgesetzt werden. Die Arbeiterkinder würden heute sicher geboren und sämen später selbst schon krank zur Arbeit. Die Rednerin tritt für weibliche Fabriksinspektoren ein und spricht sich zum Schluß gegen die Bildung besonderer Frauenvereine aus, zumal es ja das sächsische Vereinsgesetz den Frauen erlaube, sich mit den Männern politisch zu organisieren. (Beifall.) In der Diskussion ergreift zunächst Frau Wehmann das Wort. Wo von Frauenarbeit gesprochen werde, müsse auch einer Kategorie von Arbeiterinnen gedacht werden, die sich in einer durch das Gesetz sanktionierten slavenhaften Abhängigkeit befindet, der Dienstboten. An einigen bekannten Beispielen schildert die Rednerin die Lage der Dienstboten und verweist auf das Erkenntnis des Reichsgerichts, daß den zur Heilung einer Halskrankheit benötigten Speck als Nahrung für Dienstboten nicht für gesundheitsschädlich erklärt hat. Die Frauen, die allerdings ja nur mit kleinen Verständen ausgerüstet seien, müßten solche Urteile zurückweisen und auf Abschaffung der gänzlich veralteten Gesindeordnung und auf Abänderung des heutigen Gesellschaftszustandes dringen. — Genosse Schulze: Unter der Gesindeordnung, die in die Rumpfammer gehört, haben die ländlichen Dienstboten noch viel mehr als die städtischen zu leiden. In Oldenpreußen habe ein Mann zwischen müssen, wie seine eigene Frau von einem Gutsbesitzer durchgeprüft wurde. In der Provinz Posen sei auf Veranlassung einer Dienstherrin ein Dienstmädchen ins Gefängnis gestellt worden, weil es nachweis gewesen sei. Auch die Dienstboten müßten aufgestellt werden und die Gewerbeinspektion auf die Haushaltswirtschaft ausgedehnt werden. Schon den Kindern müsse gelehrt werden, daß sie sich später als erwachsene Menschen nicht missbrauchen lassen. — Nach einem beifällig aufgenommenen Schluswort der Referentin fand dann die Versammlung ihren Schluß.

In der öffentlichen Zimmererversammlung, die am Dienstag den 20. Oktober im Römischen Hof stattfand, wurden nach einem Vortrag des Herrn Köhre-Pezoldt beim Bericht der Blaupfeil deputierten die ungenügenden Arbeitsräume beim Unternehmer Alwin Neumann in Leipzig-Gohlis gerichtet. Weiter wurde das Verhalten des bekannten Unternehmers Bernhard Neumann in Leipzig einer scharfen Kritik unterzogen. Er hat Versuche gemacht, den Stundenlohn bis auf 88 Pf. herabzubringen, wogegen energische Front zu machen ist. Es wurde betont, daß die in allerhöchster Zeit zur Ausgabe gelangenden statistischen Fragebogen gewissenhaft ausgefüllt werden müssen und daß jeder Kamerad verpflichtet ist von allen Nebelsäben dem Verbrauchsmann Mitteilung zu machen. Unterm dritten Punkt werden als Delegierte zur Landeskongress der Sinnerer Sachsen die Kameraden Hoyer, Rose und Ryler gewählt. Die Konferenz findet am 8. November in Dresden statt. Den Delegierten werden pro Mann 5 Mark Drägen und freie Fahrt bewilligt. Unterm vierten Punkt gelangt der Antrag: ein Herbstvergnügen abzuhalten, zur einstimmigen Annahme. Als Datum werden die Drei Wochen in Aussicht genommen und soll das Fest am 14. November abgehalten werden. Die Kapelle soll die Frei-Maurer-Vereinigung stellen. Es wird dann ein Festkomitee von acht Mann gewählt. Kamerad Hoyer berichtet ferner über den Flensburger Werftarbeiterkreis, worauf ein vom Kamerad Kühl gestellter Antrag: sofort 100 Mark den streikenden Werstarbeitern zu bewilligen, einstimmig angenommen wird. Als Auszahler des Reichs-Unterstützung wurde Kamerad Hermann Kühne, Leipzig, Vorhangstraße 5, wiedergewählt. Zum Schlus ist zu erwähnen, daß diejenigen Sinnerer, die sich als Einzahler dem Verbände angegeschlossen haben, sich nun auch zur Entrichtung der Beitrag erinnern möchten. Wollen die Sinnerer, daß das Unternehmertum sie in ihren Kampfen gewappnet findet, dann ist es hohe Zeit, daß die Indifferenter sich den Verbänden anschließen und vor allem durch Beiträge beweisen, daß sie es mit ihrem Eintreten auch ernst meinen.

Generalversammlung des Leipziger Kellner-Vereins am Dienstag den 20. Oktober nachmittags 3 Uhr im Goldenen Weinhaus, Matthäikirchhof, Restaurant Schulze. Kollege Claus berichtet als Vorsitzender, daß fünf Mitgliederversammlungen und fünf Vorstandssitzungen stattgefunden haben. Zum Kassenbericht wird mitgeteilt, daß eine Einnahme von 142,00 Ml. und eine Ausgabe von 76,28 Ml. gebucht ist. Sodann berichtet die Bureau-Kommission, daß in den Monaten Mai bis Oktober 745 Mithilfstellstellen vergeben worden sind, was den Gehältern der Kommissionäre nach eine Ersparnis der Mitglieder von 186,25 Ml. bedeute. Ferner

Von anderen Beweisen, die Badrutt für die Echtheit seiner Assumption bringt, sei hier der wichtigste angeführt, nämlich das Urteil des genialen Historikers der Renaissance Jakob Burckhardt. Er schrieb dem Vater des jüngsten Besitzers der Assumption: „Du hast ein Heiligtum in Deinem Besitz; aber bringe es hinauf auf die Berge (des Engadin). Es werden kaum fünf Menschen in Europa sein, die seinen Wert zu schätzen wissen.“ Allerdings ist diesem Beweise gegenüber zu bemerken, daß das Urteil Burckhardts zu der Streitfrage keine Stellung nimmt; es konstatiert bloß, daß die Assumption ein wertvolles Gemälde, nicht aber, daß es wertvoller als die Sixtina sei.

Das sind die historischen Gründe des Herrn Badrutt für seine Annahme, daß die Assumption das Original und die Sixtina eine Kopie sein müsse.

Zugriff auf die Annahme, daß die Assumption das Original und die Sixtina eine Kopie sein müsse.

Und nun die künstlerischen Gründe, die für die Echtheit der Assumption sprechen sollen!

Herr Badrutt und seine Gläubiger behaupten, daß die Assumption sowohl zeichnerisch als malerisch, wie auch bezüglich der Auffassung entschieden „größer“ sei als die Sixtina. So zum Beispiel sagen sie, daß das Gesicht der Madonna wie der heiligen Barbara geistiger, seiner sei, als die beiden Geistlichen auf der Sixtina.

Ferner sagt Herr Badrutt: auf der Sixtina ist der hl. Sigismus kleiner als die hl. Barbara. Nun war Raffael ein Mann, der alles darstellt wie es war, der also die Thatsache, daß der Mann an sich schon größer sei als die Frau, nicht so hätte außer Acht lassen können. Auf der Sixtina stehen die drei Personen, die Madonna, die hl. Barbara und der hl. Sigismus zwischen dem Vorhang oder hinter demselben, jedenfalls so nahe zusammen, daß sie keinen Raum haben und sich stoßen, bewirkt Badrutt, während auf der Assumption die beiden Heiligen vor dem Vorhang stehen, so daß die ganze Anordnung eine freiere ist. Weiter, meint Badrutt, seien die Farben der

Der Kampf um die Madonna.

Die Leipziger Volkszeitung brachte in ihrer Sonnabendnummer (Nr. 242 vom 17. Oktober) unter Dresden eine Notiz über den eigentlichsten Streit, der seit Jahren schon um die Sixtinische Madonna in der Dresdener Galerie geführt wird und der deshalb in weiteren Kreisen von sich reden macht, weil der Besitzer der Madonna della Assumption, die angeblich eine Kopie der Sixtina sein soll, mit seinem Willen nach Deutschland reist, um dem Publikum und der Kritik Gelegenheit zu geben, sich zu der strittigen Frage zu äußern.

Die zwei letzten Wochen nahm diese Frage in Bürde das Interesse der ganzen gebildeten und künstlerischen Welt in Anspruch. Herr Kaspar Badrutt, der Besitzer der Madonna della Assumption, hatte das Bild nämlich im Bürgerlichen Künstlerhaus ausgestellt. Um dem Publikum eine Gegenüberstellung der beiden Bildern zu ermöglichen, hatte Herr Badrutt eine Vorstellung, die höchstens einigermaßen zu ermöglichen, hatte Herr Badrutt eine vorzüchliche große Reproduktion der Sixtina aufgestellt.

Die Streitfrage ist nun die: Welches von beiden Bildern ist das Original, die Sixtina oder die Assumption? Und in einem prachtvoll ausgestatteten Werke, das im Verlage von Burger u. Hofer in Bürger erschienen ist, versucht Badrutt nachzuweisen, daß es unmöglich sei, die Assumption als Kopie zu betrachten, daß vielmehr geschichtliche und rein künstlerische Gründe für die Annahme sprechen, die Assumption sei das Original und die Sixtina nur eine Kopie. Diese Annahme sucht Herr Badrutt in einem Vortrage, den er am Sonntag (18. Oktober) im Künstlerhaus vor dem Volke hielt, ebenfalls als berechtigt nachzuweisen. Und nun die Gründe des Herrn Badrutt!

Jedoch bin der Ansicht, daß mit historischen Gründen diese Frage nicht entschieden werden kann, mindestens ist das Belegnis von Giorgio Vasari, das zur Beglaubigung der Echtheit der Sixtina von Herrn Professor Woermann, dem Direktor der Dresdener Galerie, und überhaupt von den Anhängern der Sixtina angeführt wird, zum mindesten zweifelhaft. Vasari ist nicht als besonders gewissenhafter Forscher bekannt. Anderer-

seien fünf feste Stellen vergeben und zwei Bussellers placierte worden. Auch dies bedeute eine Ersparnis von 50 und 40 M. Um ganzem seien also den Mitgliedern durch den eigenen Arbeitsnachweis 276,25 M. Gehöre erwartet worden. In den Vorstand wurden gewählt: F. Claus 1. Vorsitzender, A. Hünze 2. Vorsitzender; F. Gans 1. Kassierer, O. Schnitzler 2. Kassierer; F. Kieling 1. Schriftführer, O. Grede 2. Schriftführer; C. Schmid 1. Revisor, F. Küppelhoff 2. Revisor. Die Abteilung Der Gastwirtschaft wurde in der bisherigen Weise beibehalten und Küppelhoff als Vertreter gewählt. Das diesjährige Stiftungsfest wird am 11. November in den drei Mohren abgehalten werden und dazu ein Komitee von acht Personen gewählt. Zur Deckung eines vorgelöschten Defizits (der Herr Kollege ist die jetzt noch politische Hilfe noch nicht aufgefunden worden) wurden 15 M. bewilligt. Nach Regelung mehrerer gewerkschaftlichen Angelegenheiten schloss der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf die Organisation und die allgemeine Arbeiterbewegung.

Gewerkschaftskontroll-Versammlung vom 18. Oktober im Saale des Coburger Hoses. Tagesordnung: 1. Der Ausschuss der Hensburger Werstarbeiter; 2. Vereinsangelegenheiten und Gewerkschaftliches. Der Vorsitzende Mohs eröffnete Bericht über den gegenwärtigen Ausschuss der Werstarbeiter. Die Ausständigen fordern 9½ stündige Arbeitszeit und einen Mindestlohn von 80 Pf. pro Stunde. Beschäftigt werden auf der Werft 1500 Arbeiter, und etwa über 1000 befinden sich jetzt nach 18 wöchentlicher Dauer noch im Streit. An Unterstellungen werden 7 und 9 M. pro Woche gezahlt. Es sind also jede Woche etwa 9000 M. an Unterstellungsgebühren erforderlich. Im allgemeinen ist der Stand des Streits sehr ungünstig. Ein Antrag Mohs, die Hensburger Werstarbeiter moralisch und finanziell zu unterstützen, wurde angenommen. Ferner wurde ein Antrag Hoyer, nach und nach je nach Bedarf und Verfolgung 3000 Mark zu senden, gegen fünf Stimmen angenommen. Der Antrag Mohs, diese Summe verhältnismäßig durch die Gewerkschaften aufzutragen zu lassen, wurde ebenfalls angenommen. Von der Beisitzerin sollen als ausgeschlossen gelten solche Gewerkschaften, die sich selbst im direkten Wohlkampf befinden. Ein Antrag Jacob, nur verfügbare Mittel seitens des Kassierers abzusegnen, wurde gutgeheissen. Zur Aufbringung des auf die Gewerkschaften entfallenden Anteils sollen im Bedarfsfalle vom Kassierer Hoyer Kosten ausgegeben werden. Auf die Anregung Vöhris, jede Woche einen Situationsbericht zu fordern, wurde nicht eingegangen. Unter dem 2. Punkt wurde noch beschlossen, daß in allen späteren Versammlungen, gleichwohl ob dieselben öffentliche sind oder nur Vereinsversammlungen, die Präsenzliste verlesen werden soll. Zum Schlus wurde die Vertreter nochmals darauf aufmerksam gemacht, schnellstens Gelder dem Kassierer zu überweisen.

Die Gummirbeiter und Arbeitnehmer der Firma Marx, Heine u. Comp. hielten am Dienstag den 20. d. M. im Ellystum eine über 40 Personen besuchte Werstelle-Versammlung ab. Über den 1. Punkt der Tagesordnung: Lage der Gummirbeiter und Arbeitnehmer referierte Kollege Mohs. Er kritisierte trefflich die schlechten und schäbigen Aufenthaltsräume in derartigen Fabriken, wovon die frühe Sterblichkeit der Arbeiter eine Folge sei. Während der Diskussion zum ersten Punkt wurde beschlossen, die 1½ stündige Mittagspause einzuführen, mithin die wöchentliche Arbeitszeit auf 55 Stunden zu reduzieren. Eine nächste allgemeine Versammlung sämtlicher Fabriken soll eventuell über weitere Forderungen Beschlussfassung. Ferner wurde der Anschluß an die Organisation befürwortet und empfohlen, dafür zu agitieren, daß namentlich die Arbeitnehmer zu der Organisation herangezogen werden.

Im Arbeiterverein (6. Vereinslokal): Restaurant Nachtgall zu Gohlis hielt am 18. Oktober Herr Müller aus Gohlis einen Vortrag über die Frau im germanischen Altertum. Der Vortrag stand allgemeinen Beifall. Es wäre zu wünschen, daß sich immer mehr Männer finden möchten, die ihr Wissen und Können nicht als Privatentertainment betrachten, sondern es unter allen Schichten der Menschen zu verbreiten suchen, wie es Herr Müller gethan hat. Besonders haben die Arbeiter ein offenes Ohr für beratige Vorträge.

Über die gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiter in Deutschland referierte am Montag in einer gut besuchten Metallarbeiterversammlung im Saale des Hessenkellers zu Magdeburg Genosse Dr. Quarc aus Frankfurt. Der Anfang der deutschen Arbeiterbewegung datiert vom Jahre 1848. Hervorgerufen sei dieses durch die damalige Freiheitsbewegung, die durch Waffengewalt niedergeschlagen wurde. Der erste Rück zur straffer Organisationsset durch Ferdinand Lassalle im Jahre 1863 durch Gründung des damaligen Allgemeinen Arbeitervereins gegeben worden; der Kampf sei erschwert worden durch die Gleichgültigkeit der großen Klasse der deutschen Arbeiter und aus diesem Grunde sei auch die gewerkschaftliche Bewegung in Deutschland zurückgeblieben. Um so mehr beweiswert sei aber die Energie und Ausdauer der deutschen Arbeiter, an dem Errungenen festzuhalten. Der wirtschaftliche Aufschwung im letzten Jahr habe den Gewerkschaften Scharen neuer Kämpfer zugeführt. Unsere Gegner sorgen selbst dafür, daß immer mehr Waffen auf die Mühle der Sozialdemokratie fließen. Die ganze Sozialbewegung ist vollständig unzulänglich. Man sollte sogar durch die zum Alters- und Invalidenversicherungsgesetz in Aussicht genommenen Novelle die Industriearbeiter für die Herren Agrarier bluten lassen, da sie die Mennen für die Landarbeiter mit aufzwingen sollen. Eitel

sei die Hoffnung unserer Gegner, die Gewerkschaften zwischen den Gewerkschaften und der politischen Partei erwarten. Die Streitfrage drehe sich lediglich darum, ob durch Centralisation der kleineren Verbände in größere nicht etwas Kapitalistisches gefestigt werden könne. Es bedauere, daß sich der Gothaer Parteitag nicht länger bei der Gewerkschaftsfrage aufgehalten habe. Geprüft zu werden verdienten auch die Vorschläge des Genossen Parvus. Verhindert werde man allerdings an der vollen Ausführung der Centralisation durch die Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes. Auch spielt die soziale Gesetzgebung eine Rolle, weshalb es gerade notwendig sei, daß die gewerkschaftliche Bewegung, wenn auch formell getrennt, mit der politischen Bewegung Hand in Hand gehet; denn beide treiben ein gemeinsamer Kett, der Kampf gegen die bessende Klasse. Begriffen könne er die Handlungswelt des ehemaligen Genossen nicht, der seinen Austritt aus der Partei erklärt habe, um sich zu den Christlichsozialen zu begeben. Mit der Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus müsse es bei ihm schlecht bestellt sein. Die Erörterung der Gewerkschaftsfrage halte Redner für einen Vorteil für die Bewegung. Die neuendig bemerkbar gewordene Bewegung der Christlichsozialen halte er nicht für fähig den klassenbewußten Arbeitern den Boden zu untergraben, denn das Proletariat kennt seine wahren Freunde. Die Metallarbeiter gerade als diejenigen, die die Maschinen schaffen, die Hunderde und Tausende von Arbeitern brossen machen, hätten in Unbetacht dessen, daß die Frauenarbeit im Metallarbeitergewerbe immer mehr zunimmt, alle Ursache, für eine starke Organisation thätig zu sein, denn nur durch eine solche können die Arbeiter heute noch etwas für sich erringen. (Lebhafte Beifall.) — In der Diskussion meselte sich Herr Lorenz als berjenige ehemalige Genosse, auf den Herr Quarc hingestellt habe wegen seines Austritts aus der Partei. Er werde nach wie vor auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Ein guter Gewerkschafter könne man sein, ohne einer politischen Partei anzugehören. Herr Künker, ein Anhänger der christlichsozialen Bewegung, schlägt vor, anstatt das internationale das nationale Gefühl zu pflegen und hoch zu halten und nach außen kräftig zu beschützen durch eine starke Wehrkraft. Kollege Kleis und Förster wundern sich über das Verhalten und Vertragen des Herrn Lorenz, nachdem er in der sozialwissenschaftlichen Vereinigung an der Seite Försters gegen die Umarbeitung der Raumplanung gekämpft habe. Wer es ehrlich mit der Gewerkschaftsbewegung meinte, müsse sich logisch auch an der politischen Bewegung beteiligen, weil das Klassenkampf auch die politische Bewegung erfordere. Genosse Dönnig bedauert, daß die Diskussion in anderen Bahnen gelenkt worden sei. Er hätte es lieber geschen, daß mehr zu den Verteilungen der Herren Quarc und Parvus gesprochen werden wäre. Weiter verneint Redner auf die Widersprüche der Herren Lorenz und Künker, wenn sie den Klassenkampf anerkennen und dabei Nationalitätsgefühl hegeln wollen. On seinem Schlusshand beweist hierauf Genosse Dr. Quarc, daß er sich sehr freue, heute als Nationaldemokrat und Sozialdemokrat Schulter an Schulter mit den Arbeitern kämpfen zu können. Die Christlichsozialen sagten wie Werner an der bestehenden Gesellschaftsordnung, ohne sie richtig anzuhören, Es werde deshalb auch den Christlichsozialen nicht gelingen, denken denken Arbeit zu gewinnen. Durch Dekennmittelschule, starke Armee und Monarchie, Pflege des nationalen Gedankens könne den Arbeitern nicht geholfen werden. Die Schuld an dem Sinken des Nationalgefühls trage einzig und allein der Kapitalismus. Nachfolgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute den 19. Oktober 1896 im Hessenkeller tagende öffentliche Metallarbeiterversammlung erklärte sich mit den Ausführungen des Regenten Dr. Quarc dahin einverstanden, daß die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse nur durch eine Gewerkschaftsorganisation, die vollkommen auf dem Standpunkte des Klassenkampfes steht, gebessert werden kann. Die Versammlungen versprechen infolgedessen, diese Art der Gewerkschaften mit aller Kraft zu fördern und speziell dem hier in Frage kommenden Metallarbeiterverband beizutreten.“ — Am ferne Verlaufe der Versammlung erinnerte Herr Scheibl angeklagt des bevorstehenden Winters und der eventuell eintretenden Arbeitslosigkeit die Einzelmitglieder an die Ausfüllung der vom Vorstand in Stuttgart ausgegebenen Arbeitslokenkarten. Weiter bringt er auf Veranlassung verschiedener Kollegen in Anregung, am 5. Dezember im Hessenkeller ein Wintervergnügen zu veranstalten. Ein diesbezüglicher Antrag wird angenommen und eine Festkommission von sechs Mann ernannt.

Versammlungskalender.

Freitag: Städtisch. Altmünster Turmverein. Abends 9 Uhr. T.-D.: 25-jähriges Vereinssjubiläum betreffend.

Aus der Partei.

Der Prozeß Auer und Genossen wegen angeblicher Verleumdung des preußischen Vereinsgesetzes wird am 10. November in der Revisioninstanz vor dem Reichsgericht in Leipzig verhandelt werden.

Braunschweig, 21. Oktober. Genosse Jaech wurde nach ehrfürchtiger Haft im Kreisgefängnis wieder auf freien Fuß gesetzt.

Assumptione harmonisch, weiß, blau, gelb, während die Sixtina durch die Einheit der Farben entschieden seide.

Das sind im wesentlichen die künstlerischen Gründe des Herrn Baderust für die Echtheit der Assumptione. Man sieht, daß diese künstlerischen Gründe Baderust zum wenigsten magisch sind.

Und in der That: Künstlerisch läßt sich die Echtheit der Assumptione niemals nachweisen. Ob nun das Original von Raffael oder von Gerolamo da Carpi (wie Baderust meint) gemalt sei, sei hier unerörtert, diese Frage zu entscheiden, fühle ich mich unfähig, aber daß die Assumptione unter keinen Umständen das Original sein kann, ist für mich klar, nachdem ich die beiden Bilder eingehend studiert und verglichen habe. Man kann schon aus einigermaßen gut ausgeführten Reproduktionen der Assumptione und der Sixtina die Überzeugung schöpfen, daß notwendig die Sixtina das Original sein müsse. Die Baderustsche Madonna ist schön, ist sicher ein wertvolles und bedeutendes Werk, aber unendlich steht sie doch in Bezug auf Ausführung, Vergeistigung der Personen, Bezeichnung, hinter der Sixtina zurück. In der Sixtina almet jede Linie künstlerische Freiheit, man hat das Gefühl, daß jede Linie eben so sein müsse, wie sie ist. Das Gesicht der Sizilianischen Madonna ist göttlich schön, während das der Madonna della Assumptione fast weinerlich in die Welt sieht.

Kasper Baderust nennt den Ausdruck der Madonna della Assumptione ein „höheres Stamm“; aber es ist nichts anderes als die Folge von verzweigten Augenbrauen.

Baderust behauptet, die Figuren der Assumptione seien schlanker, graziöser als die der Sixtina; dem Kluge des empfindenden und vorurteilslosen Beschauers erscheint die Sache allerdings gerade umgekehrt.

Und dann die Falten der Gewänder sowohl als des Vorhangs! Wenn irgend etwas für die Echtheit der Sixtina spricht, so ist es die freie, sichere und durchaus künstlerische Anordnung der Falten auf der Sixtina. Den Falten der Assumptione haftet eine gewisse Steifheit, eine direkte künstlerische Unfreiheit an. Man fühlt, daß diese Falten, wie auch alles andere, nicht un-

mittelbar empfunden, sondern nachgebildet, höchstens nachempfunden sind. Eine bewußte Anordnung ist es, was einem in der Assumptione überall ständig entgegenträgt, sobald man sie mit der Sixtina vergleicht, die gerade durch die absolute künstlerische Freiheit, durch das Unmittelbare, Spontane, so unheimlich wahnsinnig wirkt.

Ich bin fest überzeugt, und diese meine Meinung teilen auch Künstler von Beruf und namhafte Kunstschnitter, daß, allen „historischen Gründen“ zum Trotz, innere Gründen, Gründen rein künstlerischer Natur die Echtheit der Sixtina zur unbestreitbaren Thatsache machen. Um so unbegreiflicher und bestremender daher ist es, daß die Direktion der Dresden Galerie sich nicht entschließen kann, Herrn Baderust eine längere Gegenüberstellung der beiden Bilder zu gestatten, umso mehr, da durch diese Weigerung im Publikum der Verdacht entsteht könnte, man fürchte eine solche Gegenüberstellung. Und eine solche Zurecht schiene mir ein stützendes sowohl, wie auch ein künstlerisches Urkunstzeugnis.

Ulrich, 20. Oktober.

Emil Gauth.

Humoristisches.

Amtlich. „... Was, der Herr Rat hat eine Millionärin geheiratet?“ — „Ja, er fühlt sich offiziell sehr glücklich!“

Die dümmsten Bauern haben die größten Kartoffeln. Rittergutsbesitzer (seine großen Kartoffeln zeigend): „Herr Rittermeister, was sagen Sie nun?“ — Rittermeister: „Verstehen Sie strengster Discretion!“

Neneidenswert. „In Berlin gewesen, unsern früheren Kameraden Schnabeloss geheiratet. Ist sehr vergraut — lebt seit zwei Jahren in glücklicher Ehe!“ — „In glücklicher Ehe sagt Du? Nun, von diesem Menschen wundert mich nichts — der hat immer etwas Besonderes haben müssen!“ (A. Bl.)

Würzburg, 20. Oktober. Redakteur Genosse Hille soll bei einem Vortrage in Schweinfurt, worin er unter anderem die Behandlung der Redakteure Kaufmann in Hamburg und Mann in Hannover während ihrer Gefangenschaft besprach, Gefängnisbeamte, Gendarmen und Schuhleute mit dem Tenfel in einer Person genannt haben. Er bestritt dies, daß Schweinfurter Schuhfegericht hielte ihn aber für schuldig und verurteilte ihn auf Grund des § 186 des Strafgesetzes zu 10 M. Geldstrafe und den üblichen Nebenkosten.

1. Basel, 20. Oktober. Das Centralkomitee des Grillsvereins hat den Genossen J. End, Kantonsrat in Zugern, zum Centralpräsidenten gewählt. Der Sitz des Centralkomites wird von Winterthur nach Luzern verlegt, während Wullschleger als befehlter Sekretär des Vereins seinen Sitz in Basel vorläufig beibehält. Am 1. Februar 1897 wird Wullschleger seinen Posten als Sekretär antreten, dagegen bereits am 1. Januar seine Stelle als Redakteur des Basler Vorwärts niedergelegt.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 22. Oktober.

Ein unabhängiges Komitee für die Stadtverordnetenwahlen haben die Ordnungsbrüder am Dienstag abend in einer im Volkswohl abgehaltenen Versammlung gebildet. Die beiden ältesten wütenden Kämpfen Ferdinand Koch und Max Sauer haben die Fahne der „Ordnung“ erhoben, die sie im Kampfe gegen den Umsturz vorangetragen wollen. In solchen Gegnern kann sich die Sozialdemokratie gratulieren. — In der selben Versammlung nahm der Dramaturg des hiesigen Stadttheaters, Herr Cromé-Schwering, der bekanntlich ebenso Romane (wie erinnern nur an Und Babel sprach) wie Politik studiert, das Wort, um seinem begeisterten Jubiläum ein Beispiel von der Sozialdemokratie im allgemeinen und dem Gothaer Parteitag im besondoren zu entwerfen. Dabei machte der Herr das Eingeständnis, daß er in drei Tagen in Gotha mehr gelernt hätte, als in den 16 Jahren seiner Tätigkeit, und daß die Sozialdemokratie mit einer grandiosen Offenheit einander gründlich die Meinung gefragt, wie es bei anderen Parteien nicht vorkomme. Herr Cromé-Schwering will offenbar die Heldenrolle übernehmen, das Bürgerkum aufzurütteln und zu rütteln. Nur zu, wir freuen uns auf einen frischen fröhlichen Wahlkampf.

Die Krenzzeitung schwundet wie folgt: Max Vörgen wurde gewählt, aus der sozialdemokratischen Partei auszutreten. Diese Behauptung ist natürlich unwahr. Herr Vörgen hat aus freien Stücken seinen Austritt erklärt. Und dieser ehemalige Ideologe hat recht daran gehabt, da er gerade, entgegen dem von uns stets und so auch hier vertretenen Prinzipiengesetz: Religion ist Privatsache, die Religion zur Partei-Politik erheben will; getreu den Lehren des christlichen Sozialismus auf nationaler Grundlage.

Das Altenstift über die Unsaatstener. daß wir in unserem Dienstagsnummern veröffentlichten, ist, wie wir nachdrücklich festgestellt haben, bereits vor einiger Zeit in einem Altenstift der sächsischen Regierung, dem Sächsischen Wochenblatt, veröffentlicht worden. Unsere daran gefilmte Charakteristik des Schriftstückes, das wir an der Hand der Aeußerungen des preußischen Generalsdirektors der direkten Steuern, des Herrn Burghardt, besprochen, wird dadurch nicht berührt.

Der hiesige Matsassessor Voeders ist zum Bürgermeister der Stadt Nien gewählt worden. Er hat die Wahl angenommen.

Auch eine Verichtigung. In unserer letzten Dienstagsnummer brachten wir die Mitteilung, daß in der Tischlerrei von Werner u. Haring sechs Tischler wegen Nichteinhaltung des Tarifes und schlechter Behandlung die Arbeit niedergelegt haben. Hierauf erhalten wir das nachstehende Schreiben:

Wir eruchen Sie auf Grund des Preßgesetzes folgende Verichtigung aufzuschreiben:

In unserer Werkstatt ist die Lohnforderung sowie der Tarif 1897 voll und ganz eingehalten wurden; wegen mangelhafter Arbeit erhielt 1 Gehölz Ringe. Hochachtungsvoll Werner u. Haring.

Wir eruchen zu gleicher Zeit um Angabe des Betreffenden, welcher Ihnen die Angabe über unsere Werkstatt, welche in Nr. 244 der Leipziger Volkszeitung vom 20. Oktober 1896 gedruckt ist, das mit wir denselben wegen Verleumdung belangen können. Hochachtungsvoll Werner u. Haring.

Wir haben zu erklären, daß die sechs Unsaatstener wegen nicht erfolgter Auszahlung des vollen Arbeitsverdienstes, die sie auf Grund des Tarifes zu verlangen hatten, und

Kleine Chronik.

Leipzig, 22. Oktober.

Herr Jenisch reißt in der letzten Nummer der Grenzboten gegen die gründliche Abseitung, die ihm Franz Mehring in Nummer 287 der Leipziger Volkszeitung hat angehauen lassen. Er nennt seine Abseitung, die den unkundlichen Nachweis seiner staatswissenschaftlichen Unkenntnis in der Literatur der Nationalökonomie und seiner geradezu kindlichen Auffassung wirtschaftlicher Probleme erbracht hat, eine „lange Quassel“. Wir stellen hiermit fest, daß Herr Jenisch so wenig, wie Herr Grudow die unerhörte Insinuation in Sachen des Diebstahl-Beruges durchnimmt, für uns also aufgehoben hat, das zu sein, als was er uns bisher erschien: ein guter Mensch und schöpfer Künstler.

Es ist uns unmöglich, auf das Niveau der Polemik des Herrn Jenisch hinabzusteigen, der den Mangel an Argumenten durch einen Blödsinn von Scheltern erachtet. Zum Schluß sei nur noch bemerkt, daß die Kampfweise jenes Herrn ungefähr sich deckt mit der „Arbeiterfreundschaft“ seines Verlegers.

Red. d. L. Volkszg.

— Die angeblich neu entdeckte Wagner-Ouvertüre wird immer betont, je mehr man sie anschaut. Es hat sich herausgestellt, daß die in Brixen aufgefahrene Konzert-Ouvertüre keineswegs verschollen, sondern im Jahre 1873 unter Hoffmanns Leitung der Brixner Liedertafel, der von 1872–1875 in der näheren Umgebung des Meisters wirkte, in Bayreuth aufgeführt worden war.

— **Tannhäuser auf Eis.** Im Rathause zu Schleißheim, Pardon zu Erfurt sind mit Staatsunterstützung Wandgemälde hergestellt worden. Sie sind am 17. d. M. vom Kultusminister Dr. Bosse bestätigt worden. Der Nordhäuser Zeitung wird darüber geschrieben: „Wie ich vernehme, hat Herr Dr. Bosse sich über die Bildwerke anerkennend ausgesprochen, über den neuen Anzug des ebenen nackten Sagen-Weibes soll er sich sogar sehr freutzen haben. Dagegen war er sehr erstaunt, einen der Tannhäuser-Sage nicht entsprechenden Abschluß des betreffenden Bildwerkes vorzufinden. Den dieigenen frommen Einflüssen wäre es natürlich mit Erfolg gelungen, gegen die malerische Darstellung der städtischen

wegen schlechter Behandlung die Arbeit eingestellt haben. Das obige Schreiben zeigt nur, was alles „auf Grund des Preßgesetzes“ verlangt wird und welche sonderbare Ausschöpfung die Herren Werner u. Haring von den Pflichten einer anständigen Redaktion haben.

Der elektrische Betrieb auf den Strecken der Großen Leipziger Straßenbahn, der schon anfangs dieses Monats eröffnet werden sollte, aber immer wieder verschoben wurde, dürfte nun bald beginnen. Der Regierungskommissar Professor Ulbricht wird in den nächsten Tagen die Strecken und die Kraftstation am Floßplatz besichtigen und abnehmen.

Universitätsnachrichten. Die Gefüche um Gestundung der Kollegenhonorare müssen von Studierenden unserer Universität in diesem Wintersemester spätestens bis zum 10. November bei der Universitätskasse eingereicht werden. — Nach einer Bekanntmachung des Universitätsgerichts bedarf es zur Erlangung eines Prüfung- und Sittenzeugnisses seitens der Studierenden der Vorlegung der Argumentationskarte und des Kollegenbuches. — Das volkswirtschaftlich-statistische und das historische Seminar der Universität werden am 2. November, das kirchengeschichtliche und das praktisch-pädagogische Seminar werden am 7. November wieder eröffnet.

Arbeiterrisiko. Zu der Verunglücksung in der Steindruckerei bei Eschbach u. Schäfer, von der in der Montagunummer gemeldet wurde, werden wir erfuhr, mitzutellen, daß das Unglück nicht auf einen Mangel von Schutzvorrichtungen zurückzuführen ist, da an der Maschine alle Vorrichtungen getroffen sind, die überhaupt möglich sind. — Vom Gerüst eines Neubaus in der Braustraße zu Görlitz stürzte ein junger Zimmermann herab. Er erlitt einen Bruch des linken Oberarmes und wurde im Krankenhaus untergebracht. — Bei der Auffahrt von Dünger wurde ein 23-jähriger Geschirrführer in Eintrisch von einem Pferde in dem Augenblick, als er sich niederbeugte, an den Kopf geschlagen. Er wurde bewußtlos ins Krankenhaus gebracht.

Analogisiert wurde die an der Gohliser Mühle in der Pleiße aufgefundenen Tote als eine 17jährige Näherrin aus Gohlis, die dort Blumenstraße 98 wohnt war. Die Ursachen des Selbstmordes sind unbekannt.

Wegen Unterschlagung im Konto wurde der beim Krankenhaus St. Jakob angestellte Kassenbote Karl Winkler verhaftet. Winkler hatte 1200 Mk. Gehalt und wohnte mit seiner zahlreichen Familie im Krankenhaus. Ueber die Höhe der Unterschlagungen verlautet noch nichts Bestimmtes. Von einer Seite wurden uns 10063 Mk. als die unterschlagene Summe genannt.

Der von acht Staatsanwältschaften steckbrieflich verfolgte Dieb und Hochstahlbär Tornack, der unlängst in Eilenburg einem Leipziger Bäckerjungen bei Nacht im Gasthofe das ganze Vermögen gestohlen hat, ist, wie nun ermittelt, sofort von da nach Leipzig zurückgekehrt. Deider ist ihm hier bei einem Bankhaus, ehe gleichen die Nummern der gestohlenen Obligationen bekannt geworden waren, die Verfolgung eines über 300 Mk. lautenden Papiers gelungen und der Bestohlene dieses Beitrages damit endgültig verlustig. In mehreren der wider Tornack anhängigen Straßensachen hat dieser Sparkassenbücher unter Einzahlung von 5 Mk. sich beschafft, diese Bissel dann mit Chemikalien befestigt und durch eine höhere erachtet. Auf solche Weise hat er 1894 in Dresden durch Verkauf des Sparkassenbuches einen Bankier um 800 Mk. und in Oppeln um 800 Mk. bestohlen, ohne daß ihm die strafende Gerechtigkeit bisher erlangt hatte. Nebenrings wurde Tornacks Thätigkeit im Hause des Bäckerjungen durch Vorlegung des gleichen Verbrecheralbuchs schnell und sicher festgestellt.

Ermittelt und festgenommen wurde der Dieb, der in der Sonntags-Nacht einem auf einer Promenadebank schlafenden Herrn eine goldene Uhr entwendet hatte. Der Langfinger ist ein hier zugereisten Schneidergeselle aus Harzewinkel.

Einbruchsdiebstähle. Aus dem Atelier eines Photographen, das sich in einem nach der Promenade gelegenen Garten befindet, sind in der Nacht zum 20. d. M. mittels Einbruchs unter anderem die Camera eines photographischen Apparats, ein Glaserdiamant mit schwarzem Griffe, ein Regulator mit schwarzpoliertem Gehäuse ohne Schlagwerk, 12 Stück eines Konversationslexikons, aus dem die Blätter 2, 7, 8 und 18 fehlen, 2 Jalousie-Kassetten und 1 Schieberkassette gestohlen worden. Die Gegenstände haben einen Gesamtwert von 450 Mark. — In der Nacht zum Mittwoch ist, wahrscheinlich von einer auswärts hier zugereisten Diebesgesellschaft, ein sehr

deshalb hat der Maler den unglücklichen Sänger auf seiner Rückkehr von Rom im Gletschereis erstickt lassen müssen!

Die Frommen werden meinen, Lammhäuser sei besser aufgehoben auf Eis, als in der Liebesglut bei Frau Venus. Die Deute sind praktisch, und so poetisch!

— **Hummel-Geige.** Aus Stuttgart wird gemeldet: Den hier ansässigen, bekannten Violinistischen Hummel wurde, als er sich anlässlich der Jubiläumsfeierlichkeiten in Karlsruhe aufhielt, seine Quartermusikoline im Werte von 30.000 Mark gestohlen. Des Diebstahls verdächtig, wurde der Kaufmann Wilhelm Zanda, ein Bekannter des Bekloppten, steckbrieflich verfolgt. Zanda wurde in München, wo auch die Violine gefunden wurde, verhaftet.

— **Alltäglichs Glück.** Der Bar schenkte der Pfarrkirche von Châtellerault, dessen Waffenstahl dem russischen Heere 500.000 Gewehre lieferne, eine Glocke mit der von ihm selbst bestimmten Inschrift: „Gute Freunde und Bölfverbrüderung.“ In Frankreich haben die Glocken in bewegter Zeit auch die Aufgabe — Sturm zu läuten.

— **Aus dem nordamerikanischen Wahlkampfe.** Das Schimpfbüro-Legion der lärmenden Parteien hat auch in der gegenwärtigen Wahlkampagne manchen sprachlich neuen Beweis erhalten. In republikanischen Blättern von New York wird der demokratische Präsidentschaftskandidat ein „Brülldrachenboß“ genannt, während seine Anhänger mit dem Spitznamen „monsieur le Bazzarotti“ begrüßt werden. Im Westen nennen die Silbersteine die Republikaner „Goldwanzen“. In einer Befragung von Kansas erhält Gouverneur Tillman das folgende Kompliment: „Tillman ist ein faulnäugiger Feigling und ein Kreischer, den alle anständigen Menschen verachten und verabscheuen.“ Ein farbiger Geistlicher in Virginien sprach von der Kanzel, ehe der demokratische Präsidentschaftskandidat Bryan seine Agitationssrede im Staate begann, das folgende Gebet: „Wir wollen die Politik von der Kirche fernhalten, wir können es aber doch nicht helfen, Dich, Herr Gott, zu bitten, auf den armen, elenden Slinder Bryan acht zu geben, der im Bunde mit dem Satan in unserem Staat bringen will. Wir bitten Dich, daß ihn kein Unheil antreffe, und wenn es nicht zu viel verlangt ist, vergib ihm seine täglichen Slinder und dann lopf ihm im nächsten November den Pelz tüchtig auf.“

dreiester Einbruch in einer Wohnung des Grundstücks Melchner Straße 76 zu Thonberg unternommen worden, wobei den Dieben ein eichenfarbiger Musikautomat, ein brauner Regulator und ein schwarzbrauner Spellerspiegel in die Hände gefallen sind. Die Gegenstände haben einen Wert von mehreren Hundert Mark.

Wem gehört das Bleirohr? Bei einem von der Polizei in Haft genommenen Menschen wurde ein Sack mit einem Quantum zerbrochen Bleirohres vorgefunden. Es wird vermutet, daß die Rohrsstücke von einem Diebstahl herrühren.

Ein Brief von dem einzigen Leipziger Matrosen des untergegangenen Kriegsschiffes Iltis ist den Neuesten Nachrichten zum Abdruck zur Verfügung gestellt worden. Der mit gerettete Leipziger — Karl Heil ist sein Name — schreibt unter dem 10. August an seine lieben Verwandten:

„Am 28. Juli morgens 4 Uhr verließen wir Ceresoo; wohin wir gehen sollten, wußten wir nicht. Wir hatten einen geheimen Auftrag. Es regnete, sonst war das Wetter ganz ruhig. Gegen Mittag passierten wir Walhal-wat; jetzt kam auch Wind auf, und gegen 4 Uhr war der Wind ziemlich stark. Das Schiff schlingerte sehr und stampfte ganz mächtig, so daß vorne die Seen immer überkamen und das Oberdeck voll Wasser stand. Gegen 6 Uhr abends hatten wir das Leuchttuer von Walhal-wat an Backbordseite. Es war nun Nebel aufgekommen und regnete ganz stark, der Wind wurde immer stärker.

Der Sturm setzte zum Teufel aus, und das Schiff konnte nicht mehr realzt werden, es gehörte dem Huber nicht mehr und trieb so mit Sturm und See dahin. Wir waren nicht weit vom Land ab. Es war zwischen 10 und 11 Uhr, als wir plötzlich einen beständigen Stoß verspürten und gleich darauf einen noch beständigeren. Sofort erkundete von Deck der Ruf des Offiziers: „Alle Mann auf Schiff steht!“ Alle sprangen aus der Hängematte und enterten an Deck. Ich hatte mich vollständig ausgezogen bis auf Hemd, beobachtete aber noch eine Arbeitsloge zu fassen. Als ich an Deck kam, halte das Schiff gewaltig über, und die Seen spülten über das ganze Schiff hinweg. Die Hose konnte ich nicht mehr anziehen, weil man sich immer festhalten mußte, daß die Seen einen nicht mit wegspülten.

Aus dem Heckraum kam jetzt Rauch und Aschesampf heraus. Wir gingen deshalb weiter nach vorn. Das Schiff sackte unten und wir standen bis an den Hals im Wasser. Nun kletterten wir das Rande am Heckmast empor. Von dort oben sah ich denn, wie der Schornstein und Großmast zu gleicher Zeit über Bord fielen. Auf der Kommandobrücke wurden Raketen geschoßt, und bei deren Schall konnten wir denn sehen, daß das Schiff mittleren Felsenriffen festlag. Nun brach das Schiff mittleren entzwei, und die hintere Hälfte schlug herum und legte sich an Steuerbordseite vom Vorschiff, auf welchem wir standen. Wir mussten uns in den Watten oben ganz schwändig festhalten, denn die Seen schlugen bis zu uns hinauf und drohten uns mit wegzureißen. Der Wind riss mir das Hemd vom Leibe, und so stand ich nun vollständig entblößt da, und der Hagel schlug auf den nackten Körper.

Auf dem Vorschiff, also wo wir waren, befanden sich 10 Mann, alle übrigen Leute und Offiziere waren auf dem Achterschiff. Wir sahen nun noch, wie das Achterschiff von der See auf die Felsen aufgeschlagen und wieder untergegangen wurde und wieder aufschlug, bis es zerstört und wir nichts mehr von ihm sahen. Alle Mann, also bis auf uns, mussten dann ertrinken. Unter Vorschiff sah ganz fest, und die Seen gingen darüber weg. So hielten wir uns denn die ganze Nacht fest bis an den anderen Morgen und mussten jeden Augenblick denken zu ertrinken. Gegen morgen wurde einer von uns weggeschwommen, ein Seemann, und so waren wir noch neun Mann. Am Morgen häkte ich mich etwas auf, und wir konnten Land sehen, etwas über eine Seemeile weit. Doch der Sturm ließ nicht nach, und es stand eine hohe See. Auch konnten wir Chinesen sehen, welche am Ufer standen.

Doch die See stand zu hoch, es konnte niemand heran. So verbrachten wir denn noch einen Tag und eine Nacht auf dem Drach. Endlich, am nächsten Tag, hatte sich der Sturm gelegt und die See beruhigt; sie hatte ihre Opfer gefunden, 71 Mann und 5 Chinesen waren ertrunken.

Die Schiffbrüchigen wurden von Chinesen gerettet, doch mußten sie noch etwa 40 Meter weit bis zum Boote der Chinesen durchs Meer schwimmen.

Giebertwölfzig. Die Erfahrung zum Gemeinderat finden am Dienstag den 8. Dezember für die Klasse der Gutsbesitzer und Angelesseinen und Mittwoch den 9. Dezember für die Klasse der Unangesessenen statt. In diesem Jahre scheiden aus: von den Gutsbesitzern die Herren Fromolt, Große und Mühlberg; von den Hausbesitzern die Herren Bäumel, Nob. Merseburger und Nelke und von den Unangesessenen Herr Friedr. Große. Die Wahlen liegen vom 7. bis 21. November (auch an den beiden dazwischen fallenden Sonntagen) öffentlich aus. Es ist Pflicht eines jeden Wählers, die Wahlen einzusehen.

Gemeinde-Zeitung.

Gemeinschaftliche Sitzung des Rates und der Stadtverordneten.

Den Hauptgegenstand der Verhandlungen bildete das Konkurrenzauftreten für den Rathausneubau, dessen wesentliche Bestimmungen wir gestern bereits mitgeteilt haben. Für die ad hoc eingesetzte gemischte Deputation referierte der Stadtverordnetenvorsteher Justizrat Dr. Schill. Willkommene Hilfsmittel bei Formulierung des Preis-Ausschreibens seien die Sitzungen des Verbundes deutscher Architekten gewesen, ferner die für neue Rathäuser in Hannover und Stuttgart erstassenen Preisauftreibungen. In der Konkurrenz für das Leipziger Rathaus könnten sich auch solche deutsche Architekten beteiligen, die im Auslande wohnen. Die Frist, innerhalb der die Preisbewerbungen einzureichen seien, sollte erst später von der gemischten Deputation festgesetzt werden. Armenamt und Kassenräume der Gasanstalt sollen nicht mit im neuen Rathaus untergebracht werden. Gegen die Einbauung eines Festsaales habe Steffert früher selbst Bedenken gehabt, sie jedoch fallen lassen in der Erwähnung, daß derartige Festfälle in allen auswirkungen neuen Rathäusern mit eingebaut werden sollen. Von dieser Regel abzuweichen, liege für Leipzig kein Grund vor. Im Namen der gemischten Deputation bittet er um Annahme der folgenden Anträge:

1. dem Block II des genehmigten Parzellierungsplans die aus dem ausliegenden Plane ersichtliche Gestaltung abodfa zu geben;

2. das vorgelegte Konkurrenzauftreten zu genehmigen;

3. zur Bestreitung der Honorare und der Reisetkosten der in das Preisgericht gewählten Architekten sowie des sonstigen mit dem Preisgericht verbündeten Aufwandes ein Berechnungsgeld von 8000 Mark a Conto Rathausbau zu verfüllen;

4. die eingesetzte gemischte Deputation zu ermächtigen: a) den Termin, bis zu welchem die Entwürfe einzureichen sind, endgültig festzusetzen; b) falls einer oder mehrere der in das Preisgericht gewählten Architekten die Wahl ablehnen, die Ergänzungswahl vorzunehmen.

Stadt. Rost regt an, im Preisauftreibung mit anzugeben, daß auch die Kosten der Pflichtsanlagen, der Beleuchtung und der Wasserleitung mit in der Maximalsumme von 4½ Mill. Mark inbegrieffen seien. — Stadt. Lange ist der Ansicht, daß eine Stadt wie Leipzig, der der internationale Handel zu Gute komme, die Preisbewerbung nicht auf deutsche Architekten beschränken dürfe. Die Kunst sei international. Bei Besichtigung des Wasserwerks sei erklärt worden, daß eine dabei zur Verwendung gekommene hochwichtige Erfindung der Epoche der großen französischen Revolution zu verdanken sei. Es beantragt, eine allgemeine unbeschränkte Konkurrenz anzuschreiben. Redner wirft die Frage auf, warum zu Preisrichtern nur juristische Ratsmitglieder erwählt werden sollten, wo doch die neu gewählten technischen Mitglieder des Rates sich vielmehr dazu eigneten. Im übrigen erklärt sich der Redner gegen die Einbauung des Festsaales. — Stadt. Prof. v. Bahr regt die Errichtung eines Personenaufzuges im neuen Rathaus an. — Stadt. Goepfli geht der Meinung Ausdruck, daß eine Teilnahme der Leipziger Stadtbauräte an der Preisbewerbung selbst nicht stattfinden könne und beantragt, Stadtrat Nicht mit zum Preisrichter zu ernennen. — Stadtrat Nicht weiß darauf hin, daß er in den letzten 18 Jahren drei Rathausprojekte, die eine gewaltige Arbeit erforderten, bearbeitet habe. Neben ihrem Wert könne es verschiedene Meinungen geben, sicher sei aber, daß er viel Zeit darauf verwendet habe. Wenn er zum Preisrichter ernannt werde, so könne er an der Sache selbst nicht mehr thätig sein und das sei für ihn hart.

Bei der Abstimmung werden die Anträge Lange und Goepfli abgelehnt, der Einbauung des Festsaales zugestimmt und im übrigen die Anträge der gemischten Deputation angenommen.

12. Deutscher Gewerbeboomtag.

h. Weimar, 20. Oktober 1896.

Mittwoch beginnt die Beratung des Entwurfs bei Art. 1, Zwangsinnungen. Es wird beschlossen, die nach dem Vorschlag der Hanseatischen Handelskammer zu wählende Bezeichnung „Handwerksinnungen“ statt Zwangsinnungen zu empfehlen. Der Beschluss über den Antrag der sächsischen Handelskammer zu § 82, daß Bezeichnis der zu organisierenden Gewerbe nach verwandten Gewerken zu ordnen und zu vervollständigen und die Haushgewerbe hinzuzufügen, wird ausgelegt. Im § 82a wird im Absatz 1 das Wort „örtlich“ gestrichen. Im Absatz 2 wird die Streichung der Worte „können verwandte Gewerbe zu einer Innung vereinigt werden“ angenommen.

In der Debatte tritt Stadtrat Schröder-Leipzig ein für die Fassung: „müssen gemischte Innungen errichtet werden“. Der andere Referent, Dr. Salobi-Bremen, bekämpft die Fassung und wünscht die Bezeichnung „räumlich ausgedehnte Innung“. Ueber die Befassung „gemischte Innungen“ kann man sich lange nicht einigen. Geh. Reg.-Rat Dr. Slevogt-Weltmar teilt mit, daß 19 Prozent der österreichischen Innungen Fachinnungen, dagegen 81 Proz. gemischte Innungen sind. Schließlich wird der Absatz 2 unverändert angenommen.

Absatz 3 erhält am Schlusse folgende Fassung: „wird die Errichtung örtlich ausgedehnter oder gemischter Innungen vorgesehen“. Die Worte „unterbleibt die Errichtung von Innungen“ wurden gestrichen.

Bis § 82b liegen zwei verschiedene Anträge vor, die in mehr oder weniger großerem Umfange die Haushgewerbetreibenden von der Mitgliedschaft zur Innung ausschließen wollen. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß durch die Haushgewerbetreibenden leicht sozialdemokratische Tendenzen in die Innung getragen werden könnten und zur Spaltung führen dürften. Schließlich wurden jedoch die Anträge wieder zurückgezogen und dafür ein Vermittelungsvorschlag gemacht von Dr. Vollfuss-Bittau, der zur Annahme gelangt, wonach bei 84h ein Busch zu machen sei, nach dem nur diejenigen wahl- und stimmberechtigt seien, die mindestens ein Jahr Mitglied der Innung sind. Hierauf wird § 82b angenommen.

Bei § 84 wünscht Schröder-Leipzig die Befreiung einzuflügen zu sehen, daß die Innungen die gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder pflegen müssen.

Dieser Antrag wird lebhaft bekämpft. Auch der Regierungsvorsteher Dr. Wilhelm führt dazu aus, daß alles das, was unter den gewerblichen Interessen gemeint sein könnte, in dem Vorausgegangen benannt sei. Die Förderung wirtschaftlicher Interessen kann aber nicht obligatorisch festgelegt werden. Der Antrag wird sodann abgelehnt.

In § 84 Abs. 5 wird hinzugefügt, daß es Aufgabe der Innung ist, die Bildung von Ausschüssen zur Abnahme der Meister- und Gesellenprüfung.

§ 84c wird mit der Änderung angenommen, daß die Innungsversammlung aus Vertretern besteht, wenn die Mitgliederzahl 500 beträgt.

Der § 85a, der die Rechte des Gesellenausschusses behandelt, erhält eine etwas veränderte Form, der Inhalt der Regierungsvorlage bleibt dagegen erhalten. Der Ausschuss soll zu allen Angelegenheiten, die das Interesse der Gehilfen berühren, in gleicher Zahl wie die Meister hinzugezogen werden, aber der Vorsitz soll nach wie vor ein Meister behalten.

Bei § 86a wird der Versuch gemacht, den behördlichen Einfluß etwas einzuschränken.

In § 86b wird alles gestrichen, was auf die Krankenkassen Bezug hat. Nach den Worten kann nach Erneben wird einfügen „unter Angabe der Gründe“. Der letzte Satz erhält folgende Fassung: Die Teilnahme der Ratsmitglieder an diesen Einrichtungen, so weit sie nicht unter § 78 des Krankenversicherungsgesetzes fallen, wird durch Statut geregelt. Im letzten Absatz des § 86b sind nach dem Worte „Aussichtsbehörde“ die Worte „auf Vorschlag der Innungen“ einzufügen. Unverändert bleiben die §§ 86 bis 88.

In § 87 wird gefestigt: „Die Bestimmung über die Deckung der Kosten für den Gesellenausschuss erlässt der Innungsbaukund gemeinschaftlich mit dem Gesellenausschuss. 87a und 88 bleiben unverändert. Zu 88a wird folgende Fassung beschlossen: Die Schließung der Innung kann erfolgen, wenn die Zahl ihrer Mitglieder darunter zurückgeht, daß die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgabe dauernd gefährdet erscheint. Alle solche Innungen, welche dauernd ihre Pflichten verlegen, kann von der Aussichtsbehörde eine zwangsweise Verwaltung durch einen Kommissar angeordnet werden. Die Schließung wird durch die Aussichtsbehörde nach Anhörung der Handwerkskammer ausgesprochen. Gegen die, die die Schließung und die kommissarische Verwaltung aussprechende Verfügung u. s. w. bis zum Schluß des Entwurfs.“

Schröder-Leipzig beantragt bei dem Abschnitt über die freien Innungen die Streichung sämtlicher Paragraphen.

Dem wird jedoch nicht zugestimmt. Beschlissen wird zu sagen statt Freier Innungen überall im Gelehr: Innungen anderer Gewerbszweige. Diefen sollen auch die Rechte gemäß den Bestimmungen der gegenwärtigen Reichsgewerbeordnung belassen werden.

Abschnitt 3, Innungsverbände. Sie sollen facultativ gemacht werden. Die Aufgaben, die den Innungsverbänden zugeschrieben werden sollen, entsprechen im allgemeinen den im Gesetzesvorstoss vorgesehenen.

Zu Artikel 1, Abschnitt 1 B, Handwerksausschüsse, referiert sodann Dr. Diederich-Blauen. Er will anstatt Handwerksausschüsse überall im Gelehr gesagt wissen „Innungsausschüsse“. Er beantragt verschiedene Abänderungen. Gleichfalls auch über die Stellung und Bezugnahme des Kommissars ergeht sich der Rechner. Er wünscht die Bestimmung gestrichen zu sehen, daß der Kommissar Sich und Stimme im Vorstand der Innung habe. Auch die Gesellenausschüsse erachtet er für übrig.

Von Nah und Fern.

Ein „seines“ Cafè.

Gera, 21. Oktober. Der Bäder- und Cafetier Mehlhorn aus Schmölln, S. A., war von zweien seiner früheren Kellnerinnen, die zugleich Dienstmädchen waren, auf Alimentation ihrer unehelichen Kinder verklagt worden. Mehlhorn hatte die Vaterschaft abgeschworen, worauf er sich wegen wissenslichen Meineids zu verantworten hatte. Die Verhandlung, die mit Mehlhorns Verurteilung zu $\frac{3}{4}$ Jahren Buchthaus endete, ergab, so schreibt man der Frankfurter Zeitung, ein wenig anmutendes Bild von dem Treiben in jenem „Cafè“. Der Angeklagte bestritt jede Schuld und erklärte, er könne auch den beiden als Bogen austretenden früheren Akteurinnen Verlehr mit anderen Männern nachweisen. Deshalb wurde auch die eine Bogenin wegen Meineids sofort verhaftet. Sie gab unter Thränen zu, von dem Manne, mit dem sie zu ihm hatte, zur Ablegung eines falschen Zeugnisses gezwungen worden zu sein. Auch dieser Mann, der in der Verhandlung am Tage vorher jeden Verlehr mit der Bogenin abgelenkt hatte, wurde verhaftet.

Zum Falle Leyv.

Berlin, 22. Oktober. Der 19jährige Schießgeselle Großes, der Schreiber Bruno Werner, ist noch immer nicht verhaftet. Die Streifen zahlreicher Beamter, die den Grunewald absuchen, sind bisher erfolglos gewesen. Auch über die beiden Komplizen hat man noch nichts in Erfahrung gebracht. Wenn die Angaben Großes richtig sind — und sie klugen so ungemeinlich, daß man sie kaum glauben darf — dann hat Werner zwei ihm unbekannte Personen am Tage vor dem Morde in der Friedrichstraße zur Unterstützung bei einem Einbruch gedungen. Die Wahrheit wird man erst erfahren, falls es gelingt, Werners Habhaft zu werden.

Eine Niederlage des Postfiskus.

Breslau, 21. Oktober. Das Oberlandesgericht erkannte im Rechtsstreit der Stadtgemeinde Breslau gegen den Postfiskus, daß letzterer nicht befugt sei, ohne Genehmigung des Magistrats über die öffentlichen, der Stadt gehörenden Straßen und Plätze Telegraphen- und Telephonleitungen zu ziehen.

Gattenmörder.

Hirschberg i. Schl., 21. Oktober. Der Klempnermeister Hendl ermurde mit einem Dolchmesser seine Frau. Der Mörder ist verhaftet.

Ein ungetreuer Stadtbaater.

Frankenthal, 21. Oktober. Die Strassammer verurteilte den Bürgermeister der benachbarten Gemeinde Oppau, Dehus, wegen Unterschlagung zu drei Monaten Gefängnis.

Zum Mord der Selma Neuß.

Ulm, 21. Oktober. 800 M. Belohnung sind für denjenigen ausgesetzt, der Beweismittel zur Überführung des mutmaßlichen Mörders der Müssleherin Selma Neuß, Harry Bondora, liefert. Der Mord geschah vor drei Jahren.

Eine dunkle Geschichte.

Triest, 20. Oktober. Die sensationelle Mordaffäre, der die Witwe Salvago zum Opfer gefallen ist, wird täglich verwirchter. Heute scheint es, daß nicht der elfjährige Wilhelm, sondern der dreizehnjährige Alfred Mangachi seine Großmutter getötet hat. Man glaubt, die Untersuchung werde weitere sensationelle Dinge enthalten.

Bau-Unfall.

Ülrich, 22. Oktober. Hier ist gestern abend 5½ Uhr auf einem Neubau in der Freiheitsstraße ein Baugerüst und ein Teil der Mauer eingestürzt. 4 Arbeiter sind getötet, 13 schwer verletzt.

Obligschlag.

Aargentière (Depart. Ardèche), 21. Oktober. Der Obligschlag in das Maristen-Kloster Lablachère ein. Der Prior wurde getötet, ein Klosterbruder schwer verletzt.

Feuersbrunst.

Moskau, 21. Oktober. Durch eine Feuersbrunst wurden drei Gebäude der Lederfabrik des Armeelieferanten Karl Tiel zerstört. Der Schaden wird auf 200000 Rubel geschätzt. Die Fabrik ist bei einer hiesigen Versicherungsgesellschaft mit 1800000 Rubel versichert.

Vermischte Anzeigen.

Ein Tischluch verl. v. Hauptstr. Steinzucker. bis Großzucker. Abzg. Großzucker 54.

Tischler auf sorgfältige Arbeit gesucht.

Berliner Straße 10, I.

X. Mann i. Stelle in Pianofortesab, ob. als Markt. Off. u. P. P. 10 an d. Tg. d. V. erbet.

Tischl. Dienerin u. 1 Guarbeitin wird gesucht.

Floßplatz 19, p.

Ein Kind w. von Kindern. Leuten in g. Pflege gen. Steinzucker, Blasewitzer Str. 33, IV.

Reparat. jed. Art wird, schnell u. bill. ausgef.

Großzucker, Hauptstr. 118. Schuhmacher.

Familienanzeigen.

Dem Jubelpaar H. u. A. Obrück, heut. Tage die best. Glückwunsche. Familie Gust. Obrück.

Mein lieben Otilie die besten Wünsche zum heutigen Tage.

Deine Tochte,

Wir gratul. 999 mal Herrn Karl Mühl g. f. 27. Geburtst. V. M. A. H. u. M. g.

Die besten Wünsche zum heutigen Tage unserem Freund

Max Kinne.

A. und J. M. W. R.

Uns. I. Ernst g. h. Tage ein kräftiges

Died Hoch! Seine Eltern u. Geschw.

Podz, 21. Oktober. Die Spinnerei von Zimmermann ist niedergebrannt; dieselbe war mit 100000 Rubel versichert.

Überschwemmungsgefahr

Petersburg, 21. Oktober. Heute abend ist die Neva infolge eines heftigen Süd-Westwinds stark gestiegen und steigt schnell weiter. Die Bevölkerung ist wegen der Überschwemmungsgefahr durch Signale gewarnt.

Schiffuntergang.

Newyork, 22. Oktober. Der Dampfer Urago schetterte auf der Fahrt nach San Francisco an der Küste von Oregon. Die gesamte Mannschaft ertrank.

Soziale Rundschau.

Der Kongress der Töpfer und Berufsgenossen trat am 19. Oktober in Hildesheim zusammen. Anwesend sind 25 Delegierte aus 24 Wahlkreisen.

Im Betriebsbericht gab der Centralvorsitzende Kaulich einen Überblick über die Thätigkeit des Verbandes. Es ist ein teilweise Erfolg festzustellen, die Zahl der Mitglieder ist jedoch immer noch viel zu gering. In manchen Gegenden Deutschlands wären, so sagte Kaulich, die Kollegen nur sehr schwer für die Organisation zu haben. Namenslich Posen, Ost- und Westpreußen und Schlesien seien noch sehr rückständig, auch für manche Teile Süddeutschlands lasse sich dasselbe sagen. Ein ähnliches Bild geben auch die schriftlich eingegangenen Berichte der Agitationskommissionen für Mecklenburg, Sachsen-L. E., Bayern, Brandenburg und Sachsen. Letzterer Bericht hebt hervor, daß die auf dem Berliner Gewerkschaftskongress beschlossene Agitation für den Anschluß der Biegelerarbeiter an die Organisation der Töpfer in der Umgegend von Dresden mit erfreulichem Erfolg betrieben worden sei, wenn auch die Zahl der organisierten Biegeler im Verhältnis zu ihrer Gesamtzahl noch gering wäre. Auch unter den Biegeler in der Umgegend von Werder bei Potsdam, die durch einen Delegierten auf dem Kongress vertreten sind, ist mit Erfolg agitiert worden, der Hoffentlich in Zukunft noch größer werden wird. Um die Bippeschen Biegeler zu gewinnen, wird, wenn dieselben nach Ablauf der sommerlichen Arbeitsperiode in ihre Heimat zurückkehren, eine energische Agitation entfaltet werden.

Im Verbande herrscht leider heftiger Streit über die Organisationsform.

Im ganzen bestehen jetzt 180 Zählstellen des Verbandes mit 4200 Mitgliedern. Die Kassenverhältnisse haben sich, das gegen seit dem vor 2 Jahren abgehaltenen Kongress wesentlich verbessert. Während damals ein Deficit von 2448 M. vorhanden war, weist die Kasse zur Zeit einen Barbestand von 3318 M. auf.

In der Debatte betonten mehrere Delegierte, darunter die Dresdener, Dransfeld und Fröheldorf, daß der bisherige Vorsitzende den Aufgaben seines Amtes nicht gewachsen sei. Der Kongress dauert noch fort.

Grimmitschau. Die Streikleid der Arbeiter der C. A. Fischer'schen Fabrik sind beigelegt und die Arbeit am Dienstag wieder aufgenommen worden.

Die Stadt Berlin als Arbeitgeberin. Ein Telegramm des Wölffischen Büros meldet aus Berlin vom 21. Oktober: Eine öffentliche Versammlung der städtischen Gasanstalts-Arbeiter, die heute abend stattfand, wurde, bevor Beschlüsse gefaßt werden konnten, wegen tumultuarischer Vorfälle polizeilich aufgelöst.

Warum mögen wohl „tumultuarische Vorfälle“ sich ereignet haben? Sollten die Arbeiter ihren Freude über die sozial-politische Weisheit und die väterliche Fürsorge des Berlinischen Magistrats zu lauten Ausdruck gegeben haben?

Bübed, 21. Oktober. Ein Privattelegramm meldet uns, daß in den Emaillierwerken der Firma Thiel u. Söhne ebenfalls der Streik ausgebrochen sei. Es sind nunmehr beteiligt die Dreher, Schlosser, Schmiede, Klempner und die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Maunheim, 21. Okt. Das Scherpersonal der Handelsdruckerei J. Nob hier, ist am Montag in Ausland gekreuzt.

Briefkasten der Redaktion.

Gl. W. Mühle gestern wegen Raumangst zurückgeblieben. Gruß!

Auskunfts in Rechtsfragen.

Alter Abonnent. 1. Ja. 2. Nein; das Halten eines Bichlides kann Id. e. vom Haushalt nicht untersagt werden.

§. M. 100. Sie haben leider Gewalt über das Kind, so lange es sich bei der Mutter befindet. Nach vollendetem 6. Jahre kann Ihnen das Kind zugesprochen werden, wenn Sie nachweisen, daß es bei Ihnen eine bessere Pflege haben würde als bei der Mutter.

J. F. Lindau. Das Eigentum der Frau ist in diesem Falle nicht plädierbar. Soweit der Chemnitz enthaltliche Sachen hat, können Sie gepfländert werden. Eine Beschlagsnahme des Lohnes ist nur zulässig, wenn der Lohn mehr als 1500 Mark pro Jahr beträgt.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Freitag:

Speiseanstalt I (Johannisplatz): Erdäpfeln mit Rindfleisch.

Speiseanstalt II (Mosenthalgasse): Milchreis mit Zucker und Zimt.

Auskunftsbüro für gewerbliche Streitigkeiten, Unfall- und Krankenversicherungswesen.

„Stadt Hannover“, Seeburgstr.

Jeden Abend von 7½—9 Uhr unentgeltliche Konsultation für alle Arbeiter und Arbeiterinnen.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Donnerstag den 22. Oktober: 287. Abonn.-Vorstellung (8. Serie, weit).

Der Hüttensieher.

Schauspiel in 4 Akten von Georges Ohnet.

Regie: Regisseur Borcherdt.

Marquise von Beauclerk

Fr. Weigel

Oskar } deren Kinder

Fr. Lane

Baron von Présont

Fr. Hönteler

Baronin von Présont, Mutter der Marquise

Fr. Müller

Philippe Derblay

Fr. Laeger

Suzanne, dessen Schwester

Fr. Sangors

Herzog von Ulligny, Neffe der Marquise

Fr. Krause

Wouillet

Fr. Körner

Athenais, dessen Tochter

Fr. Wande

Bachelin, Rat

Fr. Borcherdt

von Pontac

Fr. Gild

Der General

Fr. Thiele

Der Präfekt

Fr. Wad

Gobert

Fr. Schröder

Dr. Servan

Fr. Schmidt

Jean } in Diensten der Marquise

Fr. Lauterbach

Brigitte } im Dienste der Marquise

Fr. Kallsch

Ein Diener } im Hause Derblay

Fr. Schlebede

Nach dem 2. Akt findet eine längere Pause statt.

Einlaß 1/2 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende geg. 1/2 10 Uhr. Schausp. Preise.

Büle-Bartels an der Tagessäfe von 10 (Sonnt. u. Fest. 10½) bis 8 Uhr. Vorverkauf für den nächsten Tag (mit 1½ Pf.) von 1—8 Uhr.

Spieldaten: Freitag: Das Helmchen am Herb. Anfang 7 Uhr.

Sonnabend: Neu eröffnet: Der Widerspenstigen Räuber. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.